

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 29 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Gesellschaft für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren:
 beträgt für die sechsgezeigte Monats-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Verbands-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 15. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Militarismus und Socialdemokratie.

Aus Wien wird uns vom 13. März geschrieben:
 Das Abgeordnetenhaus hat am Montag und Dienstag die
 Rekrutenvorlage verhandelt. Das Gesetz hat eigentlich nur
 eine formale Bedeutung — der Regierung wird, wie alljährlich, die
 Aushebung von 59 211 Mann für das Heer und für die Kriegsmarine
 und 10 000 Mann für die Landwehr bewilligt —, da es aber die
 einzige militärische Bewilligung ist, die dem Reichsrat zusteht —
 die finanziellen Mittel zu bewilligen ist Sache der Delegationen —,
 so wird diese Gelegenheit zur Andringung aller Beschwerden, die
 gegen den Militarismus den Bürgern am Herzen liegen, reichlich
 benutzt. So war es auch diesmal der Fall, wenn auch, der fried-
 lichen Disposition des Abgeordnetenhauses entsprechend, die Debatte
 sich in sehr ruhigem Tempo abwickelte. Die weitaus interessanteste
 Rede verdankt das Haus dem Abgeordneten Daszynski; unser
 Genosse brachte eine Fülle allgemeinen Materials wie auch spezieller
 Beschwerden seiner galizischen Heimat vor. Eingang seiner Rede
 streifte er auch die chinesischen Vorgänge; diese Stelle dürfte
 auch außerhalb Oesterreichs interessieren.

Daszynski bemerkte:
 Wir stehen ja eigentlich in einem Kriegsjahre; im fernem
 Osten haben unsere Soldaten an Schlachten teilgenommen, ohne
 daß das Haus offiziell davon weiß. Auch im griechischen Kriege
 wurde eine Expedition nach Kreta entsendet, ohne daß die Ver-
 tretungskörper etwas davon erfahren. Wir hören von einer
 Eroberungspolitik im fernem Osten, wir lesen — natürlich
 in erster Reihe in auswärtigen Blättern — von Greuelthaten,
 Massacres, Niedermetzelungen der unschuldigen Bevölkerung.
 Wir schämen uns in unsrer Seele hinein
 dieser Greuelthaten. (Weißt bei den Socialdemo-
 kraten.) Sie sind der europäischen Kultur nicht würdig.
 An der Spitze dieser Armeen aber steht Graf Waldersee,
 der sozusagen die Oberfeldherrlichkeit in den Dreiwundstaaten führt.
 Wir lesen, daß sich Oesterreich der Person und Stellung Waldersees
 sehr warm annahm, aber wir wissen nichts Offizielles darüber,
 wissen nicht, wieviel das alles gekostet hat und wer dort eigentlich
 thätig ist. Ja, wir haben sogar inzwischen unser Vaterland
 vergrößert (Heiterkeit), wir haben 0,6 Quadratmeter Land
 erworben. Wir wissen aber nicht, wieviel der Quadratmeter dieses
 teuren Grundes kosten wird. Das Vaterland wird doch gerade
 von den Soldaten und ihren Vertretern so gepriesen, das Vater-
 land ist früher geworden, und wir wissen nicht einmal, wie
 weit wir unsre Vaterlandsliebe vergrößern
 müssen (Heiterkeit), um dem vergrößerten Gebiet entsprechend
 genügend Patrioten zu sein.

In der Debatte wurde auch vielfach von dem Verhältnis
 zwischen Armee und Socialdemokratie gesprochen.
 Das allen militärischen Gewalten so verhasste Thema schnitt
 Daszynski mit folgenden Worten an:

Jeder Arbeiter, der, wenn er freilich, wenn er in eine Ver-
 sammlung geht oder eine Demonstration veranstaltet, die Bajonette
 seiner bewaffneten Brüder gegen sich gerichtet sieht und sich dessen
 bewusst wird, daß er diese Bajonette mit seinen täglichen Ent-
 behrungen bezahlen muß, jeder solcher Arbeiter muß zu revolu-
 tionären Gedanken kommen. (Zustimmung bei den
 Socialdemokraten.) Es entwickelt sich allmählich in dem Volk das
 Bewußtsein, daß der Militarismus in der Form, wie er heute be-
 steht, ein auf Kosten des Volks genährter Volks-
 feind ist. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ich bringe
 Ihnen den Schicksal eines Militär-Ehrenrats zur Kenntnis,
 durch den ein Reservelieutenant des Offizierscharakters ver-
 lustig erklärt wird, weil er Socialdemokrat sei,
 und ich frage den Minister, ob er wirklich die ganze or-
 ganisierte Arbeiterschaft als den inneren Feind
 ansehe oder nicht. Wenn Sie den Mut haben, zu erklären,
 daß alle Socialdemokraten bei ihnen verdächtig sind, daß der Um-
 gang mit Socialdemokraten beim Militär schon ein Verbrechen
 bedeutet, so sagen Sie es, dann werden wir wissen, woran wir
 sind. Aber das geht nicht, die Arbeiter in Ihre Bataillone
 hineinzuwerfen, von den Arbeitern die blutigsten Grob-
 schen der indirekten Steuern zu nehmen und als Lohn dafür
 ihre ganze große Organisation als Staatsverbrecher zu be-
 handeln.

Graf Welserheimb, der Minister für Landesverteidigung,
 am in seiner Rede auf diese Beschwerde ausführlich zurück. Seine An-
 sichten zeigten einen so auffälligen Grad von Vernunft, daß sie nirgendwo
 ohne Rührung gelesen werden dürften, wo Socialdemokraten gegen
 den Kader der Soldateska zu kämpfen haben. Der Minister
 führte aus:

Ich war voriges Jahr in der Lage, Ihnen zu sagen, daß
 es unrichtig wäre, die Armee als Gegner der breiten Schichten
 der Bevölkerung, des Arbeiterstands und derjenigen, die sie ver-
 treten, zu betrachten, weil sich ja eben die Armee zum großen
 Teil aus diesen Elementen ergänzt. Ich habe Ihnen
 damals gesagt, daß im Gegenteil die Armee allen Anlaß hat,
 der Arbeiterschaft das Beste zu wünschen, weil sie ein Inter-
 esse daran hat, geistig, moralisch und physisch
 thätig und gedeihlich entwickelte Soldaten zu
 bekommen, die gern für die Erhaltung des Bestehenden und für
 die Erfüllung ihrer Pflichten eintreten. Ich habe Ihnen
 gesagt, daß Sie kein Interesse haben, die Armee zu be-
 kämpfen, weil die Armee Ihnen gegenüber zu keinem
 Kampf veranlaßt zu werden wünscht, und die schärfsten An-
 griffe werden meine Objektivität nicht erschüttern. Ich bleibe
 dabei und wiederhole es: Die Armee hat keinen Grund, der
 Socialdemokratie im gesellschaftlichen Rahmen principieel feind-
 lich gegenüber zu stehen, wenn die Socialdemokratie es nicht
 der Armee und den Gesetzen gegenüber thut. Ich kann nur
 wünschen, daß das auch von der andern Seite so offen gesagt und
 beibehalten werde. Sagen Sie, daß Sie Freunde der Armee sind,
 betheiligen Sie es, die Armee wird das gewiß begrüßen und ent-
 gelten. Bei einer Statistik, wie sie der Herr Redner vorgebracht,
 (Daszynski hatte die verschiedenen „Säbelaffären“ besprochen)

gewinnt man ja nur allzuleicht den Eindruck, daß alles
 schlecht ist. Wenn eine solche Zahl von Beispielen angeführt
 und dabei noch generalisirt wird, gewinnt man von einer Insti-
 tution den düstersten Eindruck. Wenn diese Methode auch im bürger-
 lichen Leben angewendet und bei jedem Vorfall, bei jeder Un-
 gebörigkeit im bürgerlichen Leben der Justizminister, der Minister
 des Innern usw. gefragt würden, ob sie diese Fälle kennen, wie
 sie solche „Ungehörigkeiten“ zu verantworten und zu rechtfertigen
 vermögen, und ob sie gedenken, den Betroffenen Lösen zu lassen
 (Heiterkeit), was sie zu thun gedenken, um solche Fälle in der Zu-
 kunft unmöglich zu machen — möchte, glaube ich, jeder den Ein-
 druck bekommen, daß eigentlich der Himmel schon nicht mehr
 Schwefel genug hätte, um ihn über Sodom und Gomorra herab-
 regnen zu lassen. Es ist ganz natürlich und die Herren sind
 ja dazu berufen, diese Dinge vorzubringen. Aber man
 muß auch den Effect bedenken, der dabei erreicht wird,
 und zwar nicht nur bei denjenigen, für die man spricht,
 sondern auch bei der Allgemeinheit und bei denjenigen, die
 davon getroffen werden. Denn es ist hart und erzeugt nur
 Erbitterung nach außen, wenn solche Fälle besprochen werden; es
 erzeugt auch Erbitterung bei denjenigen, die zum Teil ungerecht
 beculdigt und in ihrer Ehre und ihren Interessen angegriffen
 werden. Dadurch entstehen bedauerliche Verhältnisse. Die
 öffentliche Kontrolle ist gut und die Armee hat
 sie am wenigsten zu fürchten. Ich begrüße im
 Gegenteil das Interesse, das der Armeecent-
 gegengebracht wird; aber eine gewisse Vorsicht
 in der Verhandlung dieser Angelegenheiten möchte ich denn doch
 empfehlen. Mir fällt da das Wort ein: „Nicht nicht, damit ihr
 nicht gerichtet werdet.“ Wir sind alle zusammen nicht
 so schlecht, als wir uns selbst machen, und die Armee
 am allerwenigsten; im Gegenteil, sie könnte für manches als Vor-
 bild dienen.“

Man wird zugeben, daß solche Worte für einen aktiven General
 und alten Minister eigentlich ganz vernünftig klingen und in wohl-
 thunendem Gegensatz zu der übertriebenen Schneidigkeit stehen, der sich
 manche Kriegsminister befehlen zu müssen glauben, wenn sie
 auf das Kapitel der „vaterlandlosen“ Socialdemokratie zu reden
 kommen.

So weit unser Korrespondent! Uns Reichsdeutschen und
 preussischen Ostelbieren klingen derartige ministerielle Zusiche-
 rungen, so wenig sie uns natürlich beeinflussen können,
 das System des Militarismus grundsätzlich zu bekämpfen,
 wie Klänge aus einer andern Welt. Man denke an unsre preussischen
 Kriegsminister und ihre Reden im Reichstag, man stelle sich unsern
 Herrn v. Cohnke vor, wie er bei derartigen Gelegenheiten auftritt:
 diese geringschöpige Art, mit der er die Beschwerden der social-
 demokratischen Abgeordneten nicht zwar widerlegt, aber „energisch
 zurückweist“, diese Selbstverständlichkeit, mit der er das Dogma ver-
 tritt, daß die heiligste Aufgabe der aus dem Volk rekrutierten und
 von dem Volk erhaltenen Armee es sei, gegen den inneren Feind zu
 kämpfen, diese patriotischen Wallungen, mit denen er jede Kritik wie
 ein unerhörtes Verbrechen abweist.

In Oesterreich aber, dem verrotteten Oesterreich, erklärt ein Kriegs-
 minister, die Armee kenne keine principielle Gegnerschaft gegen die
 Arbeiter und die Socialdemokratie; ja er thut noch mehr, er
 wärmt sogar — gerade vom Standpunkt des Militärs — die
 socialdemokratischen Bestrebungen, weil sie darauf
 gerichtet sind, den Arbeiterstand physisch und geistig wehrhaft zu
 machen. Für einen einsichtigen Mann sollten derlei Erwägungen,
 unbeschadet aller politischen Gegnerschaft, selbstverständlich sein.
 Uns in preussischen Sibirien dünken sie fast wie ein unerhörtes
 Wunder.

Man gewinnt, so abgestumpft wir auch allmählich geworden
 sind, wieder das volle Gefühl für das ganze beschämende Elend der
 preussischen Reaktion, die uns politisch tief unterhalb der Zeit und
 des Stands der Weltkultur erniedrigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Reichs-Versicherungsamt.

Der Reichstag widmete heute seine ausgedehnte Sitzung
 dem Reichs-Versicherungsamt. Noch immer ist
 diese wichtige Behörde dem Reichsamt des Innern unter-
 geordnet und ihr Etat gehört zum Etat des Innern. Im
 Gange der zweiten Lesung war das Kapitel Reichs-Versicherungsamt
 aber bis heute zurückgestellt worden. Es ist
 stets das Bestreben unserer Fraktion gewesen, die Bedeutung
 und die Leistungsfähigkeit des Reichs-Versicherungsamts zu
 erhöhen. Von unserer Seite kam daher schon in der Kom-
 mission die Anregung, Techniker und Nationalökonomien in
 diese Behörde zu berufen, die sich in ihren ständigen Mit-
 gliedern bisher nur aus Juristen zusammengesetzt hatte. Die
 Anregung war, so weit die Techniker in Frage kamen, von
 allen Parteien freundlich aufgenommen worden und
 auch Graf Posadowsky hatte sich dem Wunsche
 geneigt gezeigt. Ihn zu einem Antrage zu verdrängen,
 hatte die Budget-Kommission aber abgelehnt und das-
 selbe Schicksal hatte unser Antrag im Plenum, den Hoch-
 sachkundig und eingehend begründet hatte. Nur die Freisinnigen
 stimmten mit uns.

Die stärkste Einbuße an Ansehen bei der Arbeiterklasse
 hat das Reichs-Versicherungsamt sicherlich durch die Berufung
 des Geheimrats Grunert und des Ober-Regierungsrats
 Hoffmann zu nichtständigen Mitgliedern erlitten. Der
 Bundesrat hat hier ganz dem Einfluß des Reichsamts des
 Innern gehorcht. Als bei der Reform der Unfallversicherung

die Zahl der nichtständigen Mitglieder, die der Bundesrat
 zu berufen hat, vermehrt wurde, erwartete niemand, daß
 die Wahl der neuen Mitglieder gerade auf Beamte des Reichs-
 amts des Innern fallen würde. Darin sind so ziemlich
 alle Parteien einig, daß der Einfluß der vorgelegten Behörde
 auf das Reichs-Versicherungsamt eher eingedämmt als er-
 weitert werden muß. Geheimrat Grunert aber ist ein direkter
 Untergeordneter des Grafen Posadowsky; er ist der Verfasser
 jener wunderbaren Denkschrift zur Zuchthausvorlage, die seit
 Menschengedenken die ärgste Blamage der Bureaucratie war.
 Herr Hoffmann wieder gehört zwar nicht dem Reichsamt des
 Innern an, aber seine Publikationen über die Reform der
 Krankenversicherung atmen denselben Geist wie das Zuchthaus-
 gesetz. Den Geist der Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Diese Gesichtspunkte hob Singer nachdrücklich scharf
 hervor und selbst bürgerliche Socialpolitiker wie Herr N i s s e
 und der Ultramontane Rechtsanwalt E r i m b o r n gaben
 ihm darin recht, daß die Berufung eines Geheimrats aus dem
 Reichsamt des Innern ins Reichs-Versicherungsamt den
 Intentionen des Reichstags direkt zuwiderlaufe. Graf
 Posadowsky versuchte die Wahl des Bundesrats zu
 rechtfertigen, aber mit was für Gründen! Herr Grunert
 stellte er als meinungslosen Geheimrat hin, der nur die
 Befehle seiner Vorgesetzten ausführte, Herrn Hoffmanns
 Artikel über die Krankenversicherungs-Reform gab er preis,
 hier plädierte er nur für mildernde Umstände für diesen sonst
 tüchtigen und zuverlässigen Beamten. An den Wahlen selbst
 ist ja nichts zu ändern; sie sind Sache des Bundesrats.

Welche Fälle von Beschwerden die Arbeiter im übrigen
 noch auf dem Gebiet der Versicherungs-Gesetzgebung haben,
 dafür liefern die Reden unserer Genossen St ad t h a g e n,
 P o c h, H e r z f e l d und S a c h s e Zeugnis über Zeugnis.
 Da sind die ehrenamtlichen Vorsitzenden der Berufsgenossen-
 schaften, denen unter direkter Aufsicht des Gesetzes von
 einzelnen Berufsgenossenschaften unter der Form von Vätern
 und unter andern Vorwänden außerordentlich hohe Bezüge
 zugebilligt werden. Da ist die Bevormundung der Arbeiter
 in den Sanatorien in Bezug auf ihre Zeitungslektüre, da ist
 der Mißbrauch, die Aerzte als Gutachter über die Erwerbs-
 fähigkeit zu benutzen; da sind besondere Beschwerden der Berg-
 arbeiter und der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter
 Mecklenburgs.

Die bürgerlichen Parteien ließen den Grafen P o s o -
 d o w s k y seine Sache im allgemeinen allein führen, nur die
 Person des teuren Gesinnungsgenossen F e l i c h gab Herrn
 C o r t e l Anlaß, eine Rettung zu versuchen.

Freitag werden die noch übrig gebliebenen Reste des
 Etats des Reichsamts des Innern erledigt werden, wenn
 dazu die Beratung der zuerst auf der Tagesordnung stehenden
 neuen China-Vorlage noch Zeit läßt. —

Das Abgeordnetenhaus

beriet am Donnerstag zunächst die zurückgestellten Titel des
 Medizinalwesens, die die Positionen für die Kreisärzte
 enthalten. Zur Durchführung des Kreisarzt-Gesetzes sind in
 den Etat eingestellt 6 Stellen für vollbesoldete Kreisärzte als
 Hilfsarbeiter bei den Regierungen in Königsberg, Pots-
 dam, Breslau, Oppeln, Arnberg, Düsseldorf, und fünf-
 zehn Stellen für nicht vollbesoldete Kreisärzte. Das Ge-
 halt der ersteren soll 3000 bis 5700 Mark, das der
 letzteren höchstens 4200 Mark betragen. Pensionsberechtigt
 sollen beide Kategorien von Beamten sein, dagegen soll
 Wohnungsgeldzuschuß nur den vollbesoldeten Kreisärzten ge-
 währt werden.

Die Budgetkommission hat nun eine Reihe von Anträgen
 gestellt, die eine Besserung der Lage der Kreis-
 ärzte bezwecken. So soll die Regierung ersucht werden, in
 den nächstjährigen Etat, ähnlich wie in den leistungsfähigsten
 Jahren, eine Summe einzustellen behufs Teilnahme der Kreis-
 ärzte an Fortbildungskursen in der Hygiene, gerichtlichen
 Medizin, Psychiatrie und Medizinalverwaltung. Das Gehalt der
 nicht vollbesoldeten Kreisärzte soll mindestens 1800 Mark,
 die Diätensätze für die Kreisarztassistenten mindestens 900 M.
 betragen. Ferner wird die Regierung ersucht: 1. in Ver-
 bindung mit dem nächstjährigen Etat eine ausführliche Denkschrift
 über die Ausführung des Kreisarzt-Gesetzes vorzulegen
 und bis dahin erneut zu prüfen, ob die in dem diesjährigen
 Etat festgesetzten Besoldungs- und sonstigen Bezüge der
 Kreisärzte zweckmäßig geregelt sind, 2. in eine noch-
 malige Prüfung einzutreten, ob nicht für eine An-
 zahl der zur Einziehung bestimmten Kreisphysikats-
 bezirke versuchsweise ein Kreisarzt kommissarisch
 beauftragt werden kann. Endlich beantragt die Kommission, die
 Regierung zu ersuchen, einen Nachtrags-Etat für 1901 ein-
 zubringen, durch welchen der entsprechende Fonds des Kultus-
 Etats um denjenigen Betrag erhöht wird, der erforderlich ist,
 um den nicht voll besoldeten Kreisärzten einen Wohnungs-
 geldzuschuß zu gewähren.

Dem Verlangen, den nicht voll besoldeten Kreisärzten
 Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren, widersetzte sich die Re-
 gierung aus principieellen Gründen, sie erklärte sich aber bo-
 reit, die geforderten Wohnungsgeldzuschüsse in Form einer
 Erhöhung des Durchschnittsgehalts dieser Beamten von 2250
 auf 2700 M. zur Verfügung zu stellen. Nach längerer Debatte
 wurden die Positionen behufs nochmaliger Prüfung an die
 Budgetkommission zurückverwiesen.

Zu einer längeren Debatte gab nur noch der zum Extraordinarium des Kultussetats gestellte Antrag Heydebrand (f.) Veranlassung, der die Regierung um baldige Vorlegung des in den beiden letzten Sessungen geforderten Schuldotationsgesetzes ersucht. Während die konserverbative Mehrheit früher die Regelung der Schulunterhaltungspflicht im Rahmen eines allgemeinen konserverbativen Volksschulgesetzes verlangt hatte, begnügt sie sich jetzt mit der Regelung dieser einzelnen Frage, allerdings ohne von ihrem principiellen Standpunkt etwas nachzulassen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, nach dem Minister Studt erklärt hatte, daß er eifrig mit den Vorarbeiten zur gesetzlichen Regelung der Schulunterhaltungspflicht beschäftigt sei. Einzwischen sind in den Etat 13 Millionen zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unermögens der Elementarschulbauten eingestellt.

Die Beratung des Kultus-Etats kam noch nicht zu Ende. Am Freitag stehen kleinere Vorlagen und kleinere Etats auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Der Doppeltarif.

Die „Freistimmige Ztg.“ schreibt: Die Verhandlungen, welche gegenwärtig innerhalb der preussischen Ministerien über die Stellung Preussens zu der Posttarif-Vorlage stattfinden, werden zwischen den Kommissaren des Finanzministeriums, des landwirtschaftlichen Ministeriums und des Handelsministeriums einerseits, des Auswärtigen Amtes, des Reichs-Schatzamts und des Reichsamts des Innern andererseits geführt. Der Urheber der Doppeltarif-Vorschläge ist der frühere nationalliberale Abgeordnete und gegenwärtig in den Staatsdienst übergetretene Prof. v. d. Borcht, der Hauptvertreter dieser Richtung im wirtschaftlichen Ausschuss war der Ministerialdirektor Bermuth. In den gegenwärtigen Konferenzen, die am 12. d. M. begonnen haben, scheint sich die Stellungnahme dahin zu accentuieren, daß das Reichsamt des Innern, das Finanzministerium und das landwirtschaftliche Ministerium sich warm für den Doppeltarif, wenigstens insoweit Lebensmittelzölle in Betracht kommen, einsetzen werden, während die Verteidigung auf der andern Seite ziemlich kühl geführt wird. Das auswärtige Amt, welches demnächst die Verhandlungen mit den fremden Staaten zu führen hat und die Kosten und den Spott für eine eventuelle Niederlage auf sich nehmen muß, hat natürlich eine geringe Neigung für den Doppeltarif. Die Schlusentscheidung über seine Haltung ist indessen noch nicht gefallen, weil die Entscheidung des Reichskanzlers noch aussteht. Immerhin kann man annehmen, daß über die Frage, ob Einheitszölle oder Doppeltarif, im Laufe der nächsten Woche entschieden sein wird. Die Vertreter des Bundes der Landwirte sind außerordentlich feindselig, um in Privatunterhaltungen schwanke Meinungen zu fügen und widerstrebende Ansichten zu befeuern.

Der Bremer Zwischenfall. Die „Befreiung“ bezeichnet eine Mitteilung, nach welcher ein Schloßergeselle vor dem Untersuchungsrichter ausgefragt haben soll, daß er die von Weiland bei dem Anschlag auf den Kaiser benutzte Wäsche am Abend des Kaiserbesuchs auf dem Domschof verloren habe. Damit bestätigt sich, was das Blatt hinzu, Weilands Behauptung, daß er die Wäsche auf dem Domschof gefunden habe, wo auch eine Leugnung sie vorher hat liegen gesehen.

Der Westmüdergang im Großherzogtum Hessen. Der rote Staubregen, der dieser Tage auf die Erde gefallen ist, scheint für die Schatzkammer höchst nützlich das Vorzeichen schrecklicher Ereignisse zu bedeuten. Mit wütendem Lobsesern behandelt die „Berliner Neuesten Nachrichten“ nach wie vor den Umsturz im Großherzogtum Hessen. Es ist nicht nur die berühmte geordnete Unterhaltung des Großherzogs mit einem Socialdemokraten, die das Blatt aufregt. Noch schlimmer ist womöglich die von der heftigsten Regierung geplante Demokratisierung des Wahlrechts. In Preußen — Gott sei Dank! — sind derlei politische Experimente ausgeschlossen. Dem — so schreibt das Blatt wörtlich —

„In Preußen würde man jeden für einen Schwindler erklären, der behaupten wollte, daß für die Einführung des Reichswahlrechts zu den Landtagswahlen eine starke Volksströmung bestünde. Außer der Socialdemokratie trägt keine einzige Partei Verlangen danach, wenn auch der Freisinn und das Centrum sich gelegentlich den Anschein geben mögen. Es ist auch kein Zweifel, daß die Gründe, welche gegen das Reichswahlrecht sprechen, heute, nachdem man die Erfahrungen eines Menschenalters hinter sich hat, allgemeiner und anders gewirkt werden, als seiner Zeit bei Errichtung des Norddeutschen Bundes.“

Und nun folgt Hessen die Geschichte der Reaktion mit seiner Wahlrechtsreform, deren Entschiedenheit das Berliner Organ lebhaft schildert, um dann zu bemerken:

„Nach all dem Gesagten ist das in Rede stehende Vorgehen der heftigsten Regierung allerdings geeignet, nicht geringes Staunen hervorzurufen. ... Allem Anschein nach denkt man weiter. Die mehrerwähnte Unterhaltung des Großherzogs mit dem Socialdemokraten Ulrich, noch dazu unter dem Vorwande so eingehend geschilderten Umständen, ist ein Ereignis, dessen eigenartige Bedeutung man nicht, wie es in der Presse berichtet wird, durch die Erinnerung an den Empfang der freireichlichen Bergarbeiter seitens des Kaisers im Jahre 1889 oder an die Arbeiterkongress-Konferenz im Jahre 1890 abschwächen kann. Wäre bei dem Darmstädter Vorgang wirklich der unbestreitbare Optimismus des Kaisers in den genannten Jahren das Vorbild gewesen, dann hätte man sich auch erinnern sollen, wie dem Kaiser das hochherzige Entgegenkommen gedankt worden ist. Die wiederholten Reden von den „vaterlandlosen Gesellen“ sind Zeugnis davon. Man ist in Darmstadt aber offenbar weit davon entfernt, diese Erfahrungen richtig zu würdigen. Im Gegenteil, die gegenwärtige dortige Politik ist nur verständlich, wenn sie von der festen Hoffnung getragen ist, die Socialdemokratie durch ein geradezu verblüffendes Entgegenkommen entgegenzusetzen zu können. In einem süddeutschen Blatt fanden wir den Ausdruck der Genugthuung darüber, daß von Weiland kein Quos ego (Darmstadt) nach Darmstadt ergangen sei. Die Bemerkung war an sich ziemlich sinnlos, aber doch recht bezeichnend. Man möchte offenbar ein schickweiges Placet (Einverständnis) der höchsten Stelle im Reich konstatieren. Wir vermuten, in Berlin wird man die Verantwortung für das Darmstädter Experiment denen überlassen, die es erlassen haben.“

Und die „Hamb. Nachrichten“ bedauern aufs tiefste, daß ein deutscher Bundesfürst sich auf ein Zusammenreffen und eine freundschaftliche Unterhaltung mit einem Angehörigen der Umsturzpartei überhaupt eingelassen hat.

Da steht wirklich nur noch die Aufforderung, Preußen solle Hessen den Krieg erklären! So weit hat es die reaktionäre preussische Presse glücklich im Arretismus gebracht, daß es blöder Weise ein ganz gleichgültiges Vorkommnis zu einer Haupt- und Staatsaktion aufbauscht.

Herr Koerer hat nach seiner schweren Niederlage im Reichstag in seinem Wohnort Köln einen umfangreichen Kampf wider die „Stimmenverderber“ organisiert. Wie wir vor mehreren Monaten mitteilten, hat der von ihm geführte „Kölnener Verein zur Bekämpfung

der öffentlichen Unsitlichkeit“ den Vorkrieg über alle Geschäfte und Betriebe verhängt, die „Bildwerke, Schriften oder sonstige Artikel unästhetischer Art ausstellen oder vertreiben“. Dieser Tage veranstaltete der genannte Verein wieder eine öffentliche Versammlung. Der Gegenstand der Beratungen war das Dürnenwesen in Köln. Der Besuch war sehr zahlreich, was aber nicht etwa auf die Zustimmung zu den Bestrebungen des „unästhetischen Vereins“ — so nennt man dort den Koererenbund — zurückzuführen ist, sondern zum Teil auf das „interessante“ Thema. Auch im verflochtenen Herbst hat Herr Koerer bittere Klage geführt über die ungenügende Mitgliederzahl seines Vereins und kürzlich mußte der wackere Mann erfahren, daß trotz seiner aufreibenden Thätigkeit sich in Köln ein Sternberg-Schmuck entwickeln konnte, der den Berliner Fall an Umfang weit übertrifft. In der Versammlung forderte Koerer eine Vermehrung der Beamten zur Wahrung der Sittenpolizei-Vorschriften. Ein Lehrer schlug vor, die Dürnen durch fortwährendes Denunzieren aus den Straßen hinauszuelassen. Man beschloß, die Polizeibehörde zu schärferem Vorgehen zu ermahnen; insbesondere soll das Wohnen von Prostituierten in Straßen mit vielen schulpflichtigen Kindern verboten werden; die Bürgerwehr soll durch Beschaffung von Beweismaterial, das Einschreiten der Behörde veranlassen und die Dürnen in zweckentsprechender Weise nach Straßen oder Bezirken organisieren.

Die Kölner Koereren-Garde sorgt, daß in unserer ersten Zeit der Humor nicht ausgeht.

Keine Verhinderer. Gelegentlich der 80. Geburtstagfeier des Prinzregenten von Bayern hat dort eine umfangreiche Anwesenheit stattgefunden. Diese Jubiläumsmannschaft konnte auf die Preussenhölde nicht angedeutet werden, und zwar deshalb, weil keine solchen vorhanden waren. Wie man hört, soll sich der Prinz-Regent, als ihm die Anwesenheits-Anträge vorgelegt wurden, ganz speziell der Presse erinnert und gefragt haben, ob in dieser Beziehung keine Vorschläge zu machen seien, er würde gerne möglichst weitgehen. Darauf erfolgte dann die Antwort des Justizministers, daß nichts zum Anwesenheit vorhanden sei. — Glückliches Bayern.

Wieder ein Rekrutenschinder. Mit einer schweren Rekrutenmißhandlung hatte sich das Kriegsgericht der 16. Division in Arier zu beschäftigen. Ein Unteroffizier des 69. Infanterie-Regiments hatte einen polnischen Rekruten, der der deutschen Sprache nur sehr wenig mächtig war und daher auf eine falsch verstandene Frage eine irrtümliche Antwort gab, schwer mißhandelt, mit den Fäusten geschlagen, mit den Füßen getreten und mit dem Seitengewehr derart wüthig über die Schulter geschlagen, daß der Bruch des Schlüsselbeins die Folge war. Um der Bestrafung zu entgehen, veranlaßte er den Rekruten zu der Aussage, daß die Verletzungen durch einen Fall entstanden seien. Der Rekrut ließ sich auch hierzu bereit finden, worauf der Unteroffizier dem Feldwebel die gleiche Mitteilung machte. Im Lazarett wurde jedoch sehr bald festgestellt, daß die Bruchverletzung zweifellos von einem Schläge herrühren mußte. Der Soldat wurde ins Verhör genommen und erzählte nunmehr ohne weiteres den wahren Sachverhalt, worauf der Unteroffizier unter Anklage gestellt wurde. Das Militärgericht erachtete ihn nach Prüfung des Thatbestands der Mißhandlung jenes Rekruten schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Beleidigung seines Landesherren, des Kaisers von Oesterreich, stand der österreichische Unterthan, Schneider Emanuel Deydt, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts in Berlin I. Am 18. August v. J. am Geburtstag des Kaisers von Oesterreich betrat der Angeklagte ein Schanklokal. Es wurde dort der Geburtstag von einigen Gästen erwähnt. Der Angeklagte mißfiel sich ohne weiteres ins Gespräch, belegte den Kaiser mit einem Schimpfwort und legte ihm die Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Krieges von 1866 bei. Ein anderer österreichischer Unterthan ließ seinen Landmann verhaften. Im Termin entschuldigte sich der Angeklagte mit Angetrunkenheit. Im übrigen sei er nicht Oesterreicher, sondern Tscheche.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis, während der Staatsanwalt 6 Monate beantragt hatte.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Wendung. In dem Artikel vom 12. März sind drei Druckfehler zu berichtigen. Herr v. Körber hat nicht die „leidenschaftliche Beharrlichkeit“ als seine Politik proklamiert, sondern die „leidenschaftslos“. Das Parlament wird sterben, aber es läßt sich nicht drängen; das „erwürgen“ ist leider noch keine Rede. Und nicht dem Parlament muß seine Lebensfähigkeit klar werden — das Parlament muß sie klar machen.

Frankreich.

Die Enthüllungen Droulades ziehen weitere Kreise. Der „Figaro“ hatte in seiner Ausgabe vom 14. März erzählt, daß die Persönlichkeit, welche namens der royalistischen Partei Droulade am Tage vor seinem beabsichtigten Staatsstreich besuchte, ein Deputierter sei, der sich neuerdings nach Amerika einschiffen sollte und seine Abreise wegen der jetzt schwebenden Angelegenheit aufgeschoben habe. Der Deputierte Graf Castellane, der diese Mitteilung auf sich bezog, begab sich darauf, von seinem Vater und seinem Freunde begleitet, in die Wohnung des Chefredacteurs des „Figaro“, Rodaba; als derselbe einige ihm nicht genügende Erklärungen abgegeben hatte, stürzte Castellane sich auf ihn und erging sich in groben Thätlichkeiten.

Maas-Schelde-Kanal. Die Vertreter verschiedener Handelskammern des nordöstlichen Frankreich beschloßen, die Hälfte der Kosten für den Bau eines Maas-Schelde-Kanals zu übernehmen und dem Staat ihre Zinsgarantie für eine Anleihe von 60 Millionen anzubieten. Durch diesen Kanal würde das nordöstliche Frankreich mit dem Hafen von Antwerpen verbunden.

Italien.

Rom, 14. März. Die Bureau der Kammer nahmen heute die Wahl der Kommission zur Prüfung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend die Finanzmaßnahmen vor. Es wurden drei Ministerielle und sechs Oppositionelle gewählt.

Amerika.

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, Harrison, ist in Indianapolis verstorben. Harrison zog am 4. März 1889 in das „Weiße Haus“ in Washington ein. Harrison ist ein entschiedener Vertreter der Monroedoktrin in allen ihren Konsequenzen gewesen; seine ganze Regierung legte davon Zeugnis ab. Schon im Herbst seines ersten Regierungsjahrs wurde sein Name in der ganzen Welt bekannt durch den panamerikanischen Kongress, der eine engere Vereinigung der amerikanischen Staaten auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zum Zweck und die späteren Handelsverträge mit mehreren südamerikanischen Staaten zur Folge hatte. Im Jahre 1892 unterlag er in der Präsidentschaftswahl gegen Cleveland und nahm dann eine Professur an der Stanford-Universität in Kalifornien an.

Die englischen Friedensbedingungen.

Die seitens der englischen Regierung an Ritzener übermittelten Friedensbedingungen sind folgende:

1. Allgemeiner Waffenstillstand für alle kämpfenden Völker, Stejn und De Wet mitinbegriffen. 2. Die Rebellen sollen für ihre Teilnahme am Krieg dadurch bestraft werden, daß sie ihrer bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt werden. 3. Jubiligung von Geldunterstützungen für die Boeren zur Er-

leichterung des Wiederaufbaus ihrer Farmen. 4. Bildung einer Civilregierung für die beiden Boerenstaaten unter Oberleitung Sir Alfred Milners.

Noch ist immer nicht bekannt, ob Botha sich wirklich den Engländern ergeben wird; noch weniger Bestimmtes verläutet über die Absichten De Wets und Stejn.

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. haben eine Abänderung ihrer Organisation beschlossen. Der Posten eines Vertrauensmanns in der jetzigen Form wurde aufgehoben und sämtliche Parteigebäude dem Socialdemokratischen Verein übertragen. Der Vorsitzende des Socialdemokratischen Vereins ist fortan zugleich Vertrauensmann. Der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins leitet die Agitation im Wahlkreis, führt sämtliche Parteigebäude, beruft die Mitglieder- und öffentlichen Parteiveranstaltungen, in welchen alle Parteigebäude, wie Wahlen zum Parteitag zc. erörtert und beschlossen werden. Zur Unterstützung des Vorstands wurde eine siebenköpfige Agitationskommission gewählt, welche zusammen mit dem Vorlande des Vereins die Agitation im Wahlkreis sowie der vier Landkreise zu leiten hat. Um die Aktionsfähigkeit der Partei zu erhöhen und bei Wahlen zc. leichter arbeiten zu können, sollen in den verschiedenen Stadtteilen Bezirksführer ernannt werden, welche die Thätigkeit in den einzelnen Bezirken zu leiten und zu überwachen haben.

Politikales, Gerichtliches usw.

Die Demonstration der Arbeitslosen in Leipzig, die am 7. März im Anschluß an die aufgelöste Versammlung stattfand, dürfte noch zu einem großen Erfolg führen. Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells hatte gegen die Aufführung Beschwerde erhoben, auf die er jetzt einen ablehnenden Bescheid erhalten hat. In dem Bescheide heißt es:

„Das Polizeiamt müsse die Beschwerde als unbegründet abweisen, da die in dieser Versammlung aufgetretenen Redner, wie diese schon in der am 28. vorigen Monats abgehaltenen Versammlung von Arbeitslosen zu Tage getreten war, in ganz offener und maßloser Weise darauf ausgegangen sind, die Anwesenden gegen die besitzenden Klassen im allgemeinen aufzuheizen, den hiesigen Stadtrat wegen seiner zur Linderung der augenblicklichen Arbeitsnot getroffenen, angeblich unzulänglichen Maßnahmen verächtlich zu machen, ihn der schimpflichen Rohrdürerei zu beschuldigen und ihn zu beleidigen. Einzelne Redner sind ja sogar so weit gegangen, die Anwesenden direkt aufzufordern, Gewalt anzuwenden, in geschlossenem Zuge vor das Rathaus zu ziehen und dort eine Demonstration in Szene zu setzen, eine Aufforderung, die auch teilweise Erfolg gehabt hat und wegen deren sich die Betreffenden noch weiter kriminell zu verantworten haben werden.“

Außerdem wird jede weitere Arbeitslosen-Versammlung von vornherein verboten auf Grund der §§ 5, 12 des Sächsl. Vereinsgesetzes. Die Arbeitslosigkeit wird damit natürlich nicht aus der Welt geschafft.

Aus der Frauenbewegung.

Freiherr v. Stumm als Vertreter der Frauenrechte. In der „Frankf. Ztg.“ wird eine Geschichte erzählt, wie Freiherr v. Stumm dazu gekommen sei, bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für einige Verbesserungen im Interesse der Frauen — ihre Rechtsfähigkeit betreffend — einzutreten. Danach soll es Frau Dr. jur. Kempin gewesen sein, die den einflussreichen Mann vor den Sorgen der Frauenrechte gespannt hat. „Sie war es“, so heißt es in der „Frankfurter Zeitung“, „die den Freiherrn da in Aktion brachte, die genau dem, was durchzubringen und für immer festzustellen war. Sie hat in der damaligen Zeit die „Post“ direkt für ihre Sache erobert und in ihr die Diskussion mit allem Nachdruck geführt, und von ihr stammt ebenso die Redaction der Paragrafen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wie sie dann Stumm im Reichstag vertreten und zur Annahme gebracht hat.“

„Mit glücklichen Instinkt verstand sie aus den sich hart und scharf bekämpfenden Gegenströmungen den festen Kern heraus zu retten, der aller ferneren Entwicklung nun als Unterlage dienen wird. Und dazu bediente sie sich des Herrn v. Stumm. Erst einmal einen festen, gesicherten Anfang, nachher läßt sich über alles andre und weitere reden!“ sagte sie. Und auf die Frage: „Warum denn durch Stumm?“ erwiderte sie ruhig: „Was von der Seite empfohlen wird, zieht einen ganzen Kreis von Nichtvollenden und Halbvollenden nach. Und diese Verstärkung brauchen wir. Daß Ihr mitgeht, ist ja so wie so sicher, daß Ihr weiter gehen müchtet, auch. Aber das weitere ist noch nicht zu haben, und verstehen wir uns darauf, so bekommen wir nichts. Es bleibt alles beim alten.“ So kam Stumm zur Frauenbewegung.“

Das „Berl. Tageblatt“ äußert einige Zweifel an der Richtigkeit dieser Erzählung, indem es darauf hinweist, daß es nicht Stumms Art war, sich ziehen zu lassen. Die Zweifel des „Berl. Tageblatt“ sind ganz berechtigt. Der Stumm bei dieser Sache wirklich ein Gehilfen, so war es sicher nicht Frau Dr. Kempin, die ihn gehoben hat. Ganz im Gegenteil! Frau Dr. Kempin hat Herrn v. Stumm lediglich die erbetene sachkundige Hilfe geleistet, deren er bedurfte, um die ihm als Vater von 4 Töchtern am Herzen liegenden Rechtsgrundsätze in die geeigneten Formen zu bringen und mit den zutreffendsten Gründen zu vertreten. Insofern hat die Dame gewiß ein Verdienst an der Sache; nur werden in der „Frankf. Ztg.“ die Rollen zwischen Frau Kempin und Herrn v. Stumm vertauscht.

Wie sehr es sich um eine eigene persönliche Aktion des Herrn v. Stumm handelte, beweist auch der Umstand, daß, als die Geschäftsleitung der „Post“ der Frau Dr. Kempin das Honorar für ihre Artikel anwies, diese erklärte, daß sie ihr Honorar bereits von Herrn v. Stumm empfangen habe.

Der Arbeiterinnenschuh im dänischen Folkething. Dieser Tage wurde im Folkething in zweiter Lesung über das „Fabrikgesetz“ beraten. In dem Entwurf der Regierung war neben dem Verbot der Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahr auch der zehnstündige tagimale Arbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen vorgesehen. Diese Bestimmungen wurden auf Vorschlag der Mehrheit der Folkething-Kommission fallengelassen mit der Motivierung, daß die Frauen den Männern „gleichgestellt“ sein sollten, das heißt also, der gleichen Ausbeutung unterworfen sein sollten. Zur Unterbreitung dieses geringen Arbeiterinnenschutzes hat die Haltung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen wesentlich beigetragen. Dagegen erklärten sich unter dem Vorwand der Gleichstellung der Geschlechter gegen jeden besonderen Schutz der Frauen und agitierten gegen den zehnstündigen Arbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit der Frauen und in diesem Sinne beschloß dann auch das Folkething mit 41 gegen 38 Stimmen (33 Abgeordnete waren abwesend). Fast wäre durch das Verhalten der Parlamentsmitglieder der bürgerlichen Frauenbewegung auch der geringe Wöchnerinnen-schutz hintertrieben worden. Doch wurde mit 48 gegen 31 Stimmen eine Bestimmung angenommen, wonach Wöchnerinnen nicht eher wieder in der Fabrik beschäftigt werden dürfen, als bis ein ärztliches Attest dies für zulässig erklärt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

11. Sitzung vom Donnerstag, 14. März 1901, nachmittags 5 Uhr.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung ist ganz besonders reichhaltig.

Auf Vorschlag des Vorsitzers soll nach den Wahlen sofort mit der Stadtratung begonnen, die Mehrzahl der anderen Beratungs-

gegenstände aber vorläufig von der Tagesordnung ausgeschlossen werden.

Die Vorlage wegen Herstellung eines Ueberführungs-Banwerks über den Bahnhof Gesundbrunnen im Zuge der Schwimminnen- und Bekleidungsstraße beantragt Stadtv. Dinge (Soc.) einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen, da die projektierte Breite des Fahrdammes von 9 1/2 Metern ihm unzulänglich erscheint.

Die Vorlage geht an den beantragten Ausschuss. Hierauf schreitet der Vorsitzende zur Vornahme der Wahlen. Zur Geschäftsordnung erklärt Stadtv. Borgmann (Soc.): Wir haben auf unjeren Klagen eine Erklärung, unterzeichnet „Cassel, Rommisen“, vorgefunden, welche anfängt: „Von den Fraktionen werden folgende Resolutionen vorgefunden.“ Ich will nur konstatieren, daß meine Fraktion und die der Reuen Linken bei der Festsetzung der Vorschläge nicht befragt worden sind. Wir hätten uns der Liste auch nicht anschließen können, weil die Parität in der Besetzung der Center in keiner Weise gewahrt ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadtv. Kreitzling (N. L.): Auch wir sind an einer event. Abmachung nicht beteiligt. Wir können uns dem Bedauern des Stadtv. Borgmann nur anschließen. (Zustimmung und Aufse: Un- erhört, rüchlos!)

Stadtv. Rommisen: Es hat uns selbstverständlich sehr fern gelegen, im Namen der 4 Fraktionen zu sprechen; es haben nur 2 Fraktionen sich auf die Vorschläge vereint. (Redner vertritt weiter zu sprechen, kann sich aber nicht verständlich machen, da er von den Mitgliedern der beiden protestierenden Parteien durch lärmige Zwischenrufe andauernd unterbrochen wird. Die Mitglieder dieser beiden Parteien verlassen schließlich bis auf wenige den Saal.)

Vorsitzer Dr. Langerhaus: Der Kopf der Erklärung enthält offenbar etwas Unrichtiges. Ich halte dafür, daß die Zufriedenheit nur hergestellt werden kann, wenn wir die Wahlen heute aussetzen. Stadtv. Jacobi (N. L.): Unsere Fraktion hat einen neuen Schriftführer; der hat, statt die Vorschläge den Mitgliedern der Fraktion zu übergeben, die Liste auf alle Plätze legen lassen. Mala fida ist also von uns nicht gehandelt worden.

Stadtv. Borgmann: Die Wahlen werden heute schon deshalb nicht vorgenommen werden können, weil die Versammlung nicht beschlußfähig sein möchte. Es bleibt dabei, daß der Kopf der Erklärung sich nicht mit der Wahrheit deckt.

Die Aussetzung der Wahlen wird beschlossen. (Nach dem Cassel-Rommisen'schen Maß sollten von den vacanten acht Posten fünf den Mitgliedern der Fraktion Rommisen, drei denen der Alten Linken zufallen.)

Darauf beginnt die Specialberatung des Stadthandels-Etats für 1901.

Die Etats Grundstücke in der Stadt, ländliche Grundstücke, Kalksteinbruch zu Rüdersdorf, Berechtigungen passieren ohne Debatte. Es folgen die Etats der Krankenhäuser Friedrichshain, Moabit, Urban, Göttingerstraße.

Stadtv. Dr. Freudenberg (Soc.): Im vorigen Jahre wurde vom Magistrat die Thatsache der Ueberfüllung der Krankenhäuser festgestellt; inzwischen ist festgestellt, daß bezüglich des Entlassungstermins der Genesenen ich besser unterrichtet war als die ganze Krankenhaus-Deputation. Die Thatsache der Ueberfüllung ist inzwischen auch teils direkt festgestellt, teils direkt zugegeben worden, direkt ist dies für die Säuglinge geschehen. In keinem Teil Deutschlands, Sachsen-Altenburg ausgenommen, sind die Krankendotten so dauernd belegt wie in Berlin. Der Reichsdurchschnitt der Belegung beträgt jährlich 6,7, in Berlin aber 10,6. Eine niedrigere Belegungsziffer hat man nur dadurch erreicht, daß man ganz rigoros die leichten Fälle fernhielt und die Geheften in möglichst frühem Stadium entließ. Die Orts-Krankenkasse der Kaufleute nimmt gegenwärtig eine Statistik über die Wohnungsverhältnisse ihrer arbeitsunfähigen Kranken auf; sie ist noch nicht abgeschlossen, es ergibt sich aber daraus schon, daß eine große Zahl der Kranken zu Hause nicht einmal über ein eigenes Bett verfügt! Das Krankenhaus am Urban hat im vorigen Jahre einen Kranken entlassen, weil er der Krankenhaus-Behandlung nicht länger bedürfte; daß er subsistenzlos war, kümmerte die Verwaltung nicht (Hinterkeit), ... obwohl der Mann Mitglied einer auswärtigen Krankenkasse war, die Verwaltung also kein Risiko lief, während der Kranke sich natürlich nicht selbst helfen konnte. Aus den Heimstätten muß eine Anzahl Pfleglinge wieder zurückgeschickt werden, weil sie vorzeitig aus den Krankenhäusern entlassen worden sind. Weitere Beschwerden hat ja schon der Abgeordnete Antrid im Reichstage vorgetragen. Sie beziehen sich vor allem auf die mangelhaften Verhältnisse des Wärterpersonals bezüglich der Arbeitslast, Verpflegung und Befoldung.

Antrid's Angaben sind ja von Herrn Medizinalrat Viktor angegriffen worden. Thatsächlich steht aber z. B. fest, daß der Nachdienst in der bisherigen Weise nicht fortgeführt werden kann, wie ja auch den Victoria-Schwestern dieser Dienst nicht in derselben Weise wie dem Wärterpersonal zugemutet wird. Die Befoldungen sind auch gänzlich unzureichend. Nicht das Anfangs-, sondern das Durchschnittsgehalt beträgt, wie sich aus dem Etat ergibt, 27-28 M., und die Krankenhaus-Direktion hat dem Herrn Geheimrath Richter, der seinen Revisionsbesuch ja überdies vorher angemeldet hatte, potentielle Dörfer vorgezeigt. Wir beantragen, daß die Wärter mit den Schwestern völlig gleich gestellt werden sollen. Das gegenwärtige Wärterpersonal ist ein schlechtes, das geben wir zu. Erst in diesen Tagen hat in Moabit in einem Krankenpavillon eine Aneinander der Wärter mit anschließender Schlägerei stattgefunden. Aber unter den heutigen Bedingungen bekommt man eben kein anständiges Personal. Daß dasselbe Personal Tag und Nacht Dienst leistet, muß bestritten werden. Der Plan der Verwaltung, die Zivilwärter gänzlich abzuschaffen, ist undurchführbar, denn der Bedarf an solchem Personal steigt weiter, das Krankenhaus an der Seefraße erfordert z. B. allein 200 Personen, und andererseits nimmt das Angebot von Personen für den Schwesterndienst weiter ab. Vertretung in Krankheitsfällen und Urlaub zur Erholung wird den Wärtern fast nie bewilligt, während die Schwestern regelmäßig diesen Vorzug genießen. Der Verwaltung steht das Kündigungsrecht zu, den Angestellten nicht; ist das mit dem geltenden Gesetz vereinbar? In einem Pavillon bestand sich nur eine Wadewanne. Es gab zwar auch ein paar saubere Badewannen, aber diese kamen nur selten zur Anwendung. Antrid beschwert sich weiter, daß die Desinfektionsapparate nicht in Ordnung waren. Ist das richtig? Die Kost soll nach Schema F bereitet werden. Ein anderer Mangelstand im Krankenhaus Moabit besteht darin, daß laßige Kranke nicht ausreichend isoliert werden. Auf Station VIII wurde noch am 1. d. M. ein Kranke gebracht, dessen Auswurf einen penzialisierenden Gestank verbreitete und die andern Kranken zwang, die Nacht auf Stühle in einem Nebenraum zuzubringen. Wäre das Krankenhaus nicht überfüllt, so hätte so etwas nicht vorkommen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Bail: Wenn der Abg. Antrid im Krankenhaus Moabit nicht die anspornende Pflege der Kräfte und des Pflegepersonals gefunden hätte, so hätte er am 11. Juni 1900 nicht seine berühmte Rede halten können. Ich muß bestritten, daß er diese ausgezeichnete Pflege erhalten hat, weil er eben Herr Antrid war. Das ist eine Ueberhebung dieses Herrn. Es ist dem Krankenhaus gleich, ob der Kranke Müller oder Schulze oder Antrid heißt. (Große Unruhe. Aufse: In der Sozialdemokratie: Ist ganz selbstverständlich!) Geheimrat Richter war am Tage nach der Rede im Krankenhaus. Von heute abend bis morgen früh 9 Uhr kann man doch nicht ein großes Krankenhaus auf den Kopf stellen. (Widerspruch.) Herr Antrid behauptete weiter, daß die Wärter 18-21 M. Lohn erhalten. Das ist unzutreffend. In der Zeit, in der er im Krankenhaus war, erhielten 5 Personen 50-62 M. monatlich, 6 Personen 40-46 M., 15 Personen 30-39 M., 22 Personen 25-29 M., 24 Personen 24 M., 3 Personen 23 M.

(Aufse: Na also!) bei vollständig freier Station und freier Wohnung (Aufse: Na, das wäre auch noch schöner!). Koch vor der Rede Antrid's hatte die Krankenhaus-Deputation eine Lohnerhöhung beschlossen. Die Löhne betragen jetzt im großen Durchschnitt mehr wie die der Victoria-Schwester. Die Oberärztinnen bekommen monatlich 40 M. Von den Moabiter Oberärztinnen erhält 1 78, 2 73, 1 64, 1 62, 5 60, 2 56, 1 54, 1 51, 2 47, 1 46, 3 44, 3 43, 1 42, 1 40 und ein Einziger 39 M. Von den Oberärztinnen erhält eine 56, 2 55, 4 51, 3 47, 1 45, 1 44, 1 42, 1 38 und eine 36 M. Die Löhne der Wärter schwanken zwischen 30 und 28 M., die der Wärterinnen zwischen 24 und 25 M. (Zuruf: Wenig genug!) Bei der Krankenhaus-Deputation ist eine Petition des Wärterpersonals eingegangen. Es ist eine Subkommission mit der näheren Untersuchung dieser Ansprüche betraut worden. Diese hat noch nicht tagen können, weil in der letzten Zeit die Arbeitslast zu groß war. Es ist also mit den Löhnen nicht so, wie behauptet worden ist. Der Nebenraum ist hinreichend, es nehmen täglich etwa 6 ein Bad. Die Behauptungen über die mangelhaften Desinfektionsapparate sind nach dem mir vorliegenden Bericht vollständig unbegründet. Die Angriffe stützen sich auf die Angabe eines früheren Wärters. Die Apparate werden täglich revidiert von einem Maschinenmeister, und es ist nicht ein einziger Fall vorgekommen, daß sie nicht brauchbar wären. Wenn Herr Antrid Veranlassung zu haben glaubte, sich im Interesse der Menschheit über das Moabiter Krankenhaus zu bekümmern, so hätte er doch der Direktion davon Mitteilung machen sollen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen wartete er ein halbes Jahr, bis er von der Tribüne des Reichstags diese Anschuldigungen in die Welt schleppte. Ich hätte gewünscht, er hätte sie an anderer Stelle wiederholt (Unruhe), dann hätte er Gelegenheit erhalten, sie zu beweisen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtrat Strahmann: Ich bin sehr erfreut, zum erstenmal Gelegenheit zu haben, den Anschuldigungen und Anfeindungen gegen das Moabiter Krankenhaus öffentlich entgegenzutreten. Bei allen bisherigen Epidemien, Cholera, Malariafieber, Flecktyphus, Pocken, haben die vorhandenen Einrichtungen ausgereicht. Die Reinigung der Klosetts geschieht durch selbsttätige Spülvorrichtungen. Syphilis kann von dort nicht verbreitet werden. Die Wärter und das Dienstpersonal werden körperlich untersucht. Man hat von ungehaltenem Personal gesprochen. Das ist unrichtig; unter den Wärtern ist nur ein sehr kleiner Teil Hilfswärter und auch diese sind fast durchweg gesunde Leute. Die Verpflegung soll kasernenmäßig gewesen sein. Hier ist das Menu mehrerer Tage: Sauerbraten mit Äpfeln und Kompot, abends Wurst; Schweinefleisch mit Linsen und Kartoffeln; Hammelfleisch mit Kohl, abends Fricassee (Heiterkeit); Rindfleisch mit Bohnen. Ist das kasernenmäßig? (Heiterkeit.) Im Mittel gehen auch die Kräfte und das übrige Personal herum; Wäsche taugt da nicht. Kollampen sind vorhanden, außerdem sind 1800 Stearinlizen verbraucht worden. So gewöhnliche Kost nicht ausreicht, wird allererstklassige Extradiet verordnet. Der stinkende Auswurf eines Kranken wird unschädlich gemacht durch Desodorierung, nicht aber braucht deshalb ein solcher Kranke isoliert zu werden. Die vorgebrachten Angriffe sind also unwichtig und zum mindesten übertrieben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie (zu den Sozialdemokraten), unterlassen Sie derartige Bemerkungen; es könnte sonst unangenehme Folgen haben für diejenigen, die auf die Krankenhäuser angewiesen sind. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Freudenberg: Stadtrat Strahmann hat es lebhaft getadelt, daß Antrid die Sache öffentlich zur Sprache gebracht hat. (Sehr richtig!) Ich darf demgegenüber auf das Urteil eines andern Manns hinweisen (Unruhe; Aufse: Namen nennen!) Dieser Mann sagte u. a.: ... Darum ist es nicht ungewöhnlich, daß der Abgeordnete Antrid diese Sache zur Sprache gebracht hat. Ich kann ihm darum nicht zürnen. So zu lesen im stenographischen Bericht über die Reichstags-Sitzung vom 1. Februar, und der Redner war unser Vorsitzender, Herr Dr. Langerhaus. (Hört! hört!) Zurückweisen muß ich, daß ich irgend etwas Falsches behauptet hätte. Wenn der Magistrat das Bedürfnis gehabt hätte, sich über das Moabiter Krankenhaus zu äußern, so hätte er die Möglichkeit gehabt, sich eine Interpellation zu bestellen. Ich hätte ihm sehr gern zur Verfügung gestanden. (Sehr gut!) Was die Löhne betrifft, so kommen für die Wärter inkl. Kost und Wohnung 75-85 M. monatlich heraus. Halten Sie das für eine anständige Entlohnung für erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen? In Hamburg sind doppelt so viele Betten für die Bevölkerung da als für Berlin! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Langerhaus: Ich habe allerdings die vorgelesenen Worte im Reichstage gesagt. Ich that es deswegen, weil da, wo es keine Reglements und Geleige gebe, die Allgemeinheit helfen müsse und daß deshalb die Sachen vor die Öffentlichkeit gebracht werden müssen. Daß Herr Antrid jene Angriffe erhoben hat, bedauere ich um so mehr, als er dem Krankenhaus Moabit zu Dank verpflichtet war. Das einfachste Mittel, derartige Uebelstände zu beseitigen, besteht darin, der vorgelegten Behörde die Klagen vorzutragen. Herr Freudenberg hat die Statistik des Stadtrats Bail nicht widerlegen können. Wenn ich bedauere, wie wir bestritten sind, die Verhältnisse der Krankenhäuser zu verbessern und Raum zu schaffen, so muß ich sagen, die Angriffe sind nicht sehr schön! (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir können zur Leistung unserer Krankenhäuser wirklich Vertrauen haben. Wir suchen jeden Schaden auszubessern, und nun thun Sie (zu den Sozialdemokraten) so, als ob wir es nicht thäten. (Aufse: Bei den Sozialdemokraten: im Reichstage ist es ganz anders!) Wie leicht gelingt es Krankenschwestern-Bildungsanstalten bei den Krankenhäusern zu errichten, um das Bedürfnis nach Krankenpflegerinnen zu befriedigen. (Lebhafte Beifall.)

Stadtv. Frege (Würgerpartei) findet, daß die Angriffe des Stadtv. Freudenberg gegen die städtische Krankenhaus-Verwaltung durchaus ungerichtet sind. (Stadtv. Hoffmann (Soc.) ruft: Das ist Euch recht! Große Heiterkeit.) Die Löhne des Wärterpersonals könne man nicht als schlecht bezeichnen. (Ironischer Beifall.)

Stadtv. Borgmann: Das Recht der Kritik wird man uns wohl lassen müssen. Was der Vorsitzende heute sagte, sieht wie eine Retifizierung seiner Äußerung im Reichstage aus. Wir haben stets Verbesserungen beantragt, Sie aber haben uns niedergestimmt!

Vorsitzer Langerhaus: Ich habe mich nicht retifizieren wollen. Es ist doch inzwischen alles untersucht und meine Behauptung Antrid's als unrichtig befunden worden. (Widerspruch.) Die Zahlen des Herrn Bail sind andre als die des Dr. Freudenberg.

Es ist inzwischen der Antrag Freudenberg eingegangen, die ausgebildeten Wärter den Victoria-Schwestern in den Löhnen gleichzustellen.

Stadtv. Freudenberg: Unrichtige Zahlen kann ich schon deswegen nicht angeben haben, weil ich durchweg meine Quellen nannte.

Im Schlußwort hält der Referent Kalisch es für notwendig, das Märchen von der Ueberfüllung noch extra gründlich zu brandmarken (!).

Der Antrag wird abgelehnt, der Etat für das Krankenhaus Friedrichshain ein bloc angenommen.

Beim Etat für das Krankenhaus Moabit kommt

Stadtv. Freudenberg auf die Äußerung des Stadtv. Kalisch im Vorjahre zurück, daß die Entlassungen nach der Vormittagsvisite, etwa um 12 Uhr, stattfinden. Die Direktion konstatierte selbst, daß die Entlassungen früh 8 Uhr stattfinden. Herr Kalisch sei also falsch unterrichtet gewesen.

Der Etatsauschuss empfiehlt zu diesem Etat folgende Resolution:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, dafür Sorge zu tragen, daß im Krankenhaus Moabit ein Wärterum für die Krankenbesucher bereit gestellt wird.

Diese Resolution wird auf Antrag Rosenow mit der Erweiterung angenommen, daß in sämtlichen Krankenhäusern solche Wärterräume gestellt werden sollen.

Die Etats für die übrigen Krankenhäuser werden unverändert genehmigt, ebenso der Etat der Polizei- und Feuerlöschkosten.

Auch die Etats für die Jrenen- und Jdioten-Anstalt in Dalkdorf und für die Jrenenanstalt Herzberge passieren ohne Debatte.

Beim Etat der Anstalt für Epileptische „Bühlgarten“ ist im Ausschuss auch der Fall der Ausgrabung und Sektion einer Leiche gegen den Willen der Angehörigen besprochen worden. Da ein gerichtliches Verfahren schwebt, ist der Ausschuss der Sache nicht näher getreten.

Stadtv. Borgmann: Wenn es vorkommen kann, daß die Leiche eines 12jährigen Mädchens ausgegraben, ihr der Kopf abgetrennt und der Stumpf dann wieder beerdigt wird, obwohl die Angehörigen sich die Sektion vorbehalten haben, so hapert es irgendwo in der Verwaltung. Es müssen doch Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden; existieren sie schon, wie behauptet wird, so legen sich eben die Kräfte und Leiter einfach darüber hinweg. Man sollte den Angehörigen bei Uebermittlung der Todesnachricht gleichzeitig von Magistrats wegen eröffnen, daß sie das Recht haben, gegen eine Sezierung Einspruch zu erheben. Der Magistrat sollte freiwillig so vorgehen und es nicht erst auf das Einschreiten des Oberpräsidenten ankommen lassen.

Stadtrat Strahmann: Eine Untersuchung der Sezierung war nirgends ausdrücklich ausgesprochen; ist nach 24 Stunden kein Einspruch erhoben, so wird zur Sektion geschritten.

Stadtv. Singer (Soc.): Wir wollen ganz allgemein die heutige Praxis geändert wissen, daß bloß die Todesanzeige gemacht wird und die Verwaltung nun abwartet, ob gegen die Sektion Einspruch erhoben wird. Die Leute wissen ja meistens gar nicht, daß sie Einspruch erheben können, oder daß seziert werden soll. Das wissenschaftliche Interesse muß seine Grenze finden an der Achtung und Schöpfung der Gefühle der Angehörigen. Gerade im Interesse des Ansehens der Verwaltung sollte unser Vorschlag angenommen werden. (Beifall.)

Stadtv. Kurt Ulrich (Würgerpartei) stimmt dem Stadtv. Borgmann und Singer durchaus zu.

Der Etat wird bewilligt, desgl. ohne Debatte der Etat für die Bade-Anstalten.

Damit sind die heute auf der Tagesordnung stehenden Etats erledigt. Stadtv. Singer beantragt, nimmhe die Rahgeleitvorlage zu beraten. Stadtv. Wallach (N. L.) erhebt Widerspruch. Stadtv. Singer beharrt bei seinem Vorschlag, da sonst das Statut Gefahr laufe, nicht zum 1. April fertig zu werden. Wenn der Referent heute fehle, so sei Ertrag zur Stelle.

Die Vorlage, betreffend die Auswahl der im Rechnungsjahre 1901 neu- und umzupflasternden Straßen und Plätze geht an einen besonderen Pflasterauschuss, der sofort ernannt wird und dem auch die Stadtv. Ewald und Bernau (Soc.) angehören.

Stadtv. Raft (N. L.) berichtet darauf über die Vorlage wegen Aufnahme einer neuen Straße 9A in den Bebauungsplan Abteilung XIV zwischen Voghagener- und Romintenerstraße.

Die Vorlage wird angenommen, nachdem Stadtv. Borgmann erklärt hat, daß seine Partei das von den Besitzern gebotene Äquivalent den Vorteilen gegenüber, welche diese für die Ausbeutung des Terrains erlangen, für ungenügend ansieht und deshalb gegen die Vorlage stimmt.

Die übrigen Beratungsgegenstände werden vertagt. Schluß nach 1/29 Uhr.

Sociales.

Bergarbeiter-Löhne im Jahre 1900. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht die Nachweise der im Jahre 1900 in den Haupt-Bergbau-Bezirken Preußens verdienten Bergarbeiter-Löhne. Danach betragen die Durchschnittslöhne für alle Beschäftigten:

	1890	1900
Steinkohlen-Bergbau in Oberschlesien	801	877
In Niederschlesien	846	910
Im O.-B.-A.-B. Dortmund		
a) im nördlichen Revier	1265	1348
b) im südlichen Revier	1233	1296
Summe O.-B.-A.-B. Dortmund und Revier Osnabrück	1255	1332
Bei Saarbrücken (Staatswerke)	1019	1044
Bei Aachen	1089	1104
Braunkohlen-Bergbau, O.-B.-A.-B. Halle	671	681
Salzbergbau, O.-B.-A.-B. Halle	1100	1142

Im Erz-Bergbau steigen die Löhne um wenige Mark. Um wie viel der Unternehmerprofit gestiegen ist, erfährt man aus diesen Nachweisungen nicht.

Zur Umsatzsteuer. Gleich der Gemeinde Pöbitz bei Dresden hat jetzt auch das benachbarte Cotta beschlossen, die 2 Proz. betragende Umsatzsteuer dieses Jahr nur zur Hälfte, also nur 1 Proz. zu erheben. Es betrifft denselben Verein, der in Pöbitz seinen Sitz und in Cotta einige Filialen hat. In Cotta eripart der Verein durch diesen Beschluß 4000 M. — Der genannte Verein führt übrigens zur Zeit einen Prozeß um die gesetzliche Zulässigkeit der Umsatzsteuer, in dem nächstens ein Urteil gefällt werden wird.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Arbeiter in den mechanischen Schuhwarenfabriken. Der Stand der Bewegung ist immer noch derselbe. Die Ausständigen stehen noch ebenso geschlossen, wie am Anfang der Arbeitsniederlegung. In den maggebenden Fabriken haben sich Arbeitswillige aus andren Kreisen nicht gefunden. Am Mittwoch hat zwischen den Vorsitzenden des Fabrikantenverbands und dem Vorstande des Vereins deutscher Schuhmacher eine längere Besprechung stattgefunden, welche jedoch ein positives Resultat nicht zeitigte. Die Drohung der Fabrikanten, sämtliche Arbeiter anzusperrern, ist bis jetzt noch nicht zur Ausführung gekommen; wie verlautet, wollen die Fabrikanten in einer am Donnerstag stattfindenden Sitzung endgültig darüber beschließen. Die Situation ist im allgemeinen für die Arbeiter günstig, in den nächsten Tagen ist eine Wendung in den Kampf zu erwarten, entweder kommt eine Einigung zu stande oder die Unternehmer versuchen das Letzte und führen eine Aussperrung herbei.

Deutsches Reich.

Lapezterer! Die Kollegen von Potsdam, Braunschweig und Breslau haben ihre Kündigung eingereicht. Von den Unternehmern dieser Städte wird versucht, in Berlin Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir erwarten, daß kein Kollege von diesen Anerbietungen Gebrauch macht. Kollegen, gebt diese Warnung in allen Kreisen bekannt. Die Verbandleitung.

Aussperrung der Schneider in Bremen. In allen Geschäften mit Ausnahme von dreien sind die Schneider am Mittwoch ausgesperrt. Zugang ist ferngehalten.

Zum Streik der Glasarbeiter in Nieburg wird uns geschrieben: Der Ausstand dauert unverändert fort. Arbeitswillige sind nur wenige zu verzeichnen. Die Streikenden haben sämtlich die Fabrikwohnungen geräumt und anderwärts Unterkommen gefunden. Es ist daraus ersichtlich, wie groß die Opfer sind, die die Arbeiter im Interesse ihrer Organisation bringen. Der vom Magistrat verprochene Sühne für die Arbeitswilligen scheint auch für die unfreiwillig Arbeitswilligen sehr notwendig zu sein. So wurde am Samstag der Sohn eines Streikenden, ein Belding, der in der Glashütte arbeitet, auf dem Nachhauseweg begriffen, von einem Hüttenmeister derartig gefoltert, daß er arbeitsunfähig wurde. Die Bemühungen, Streikbrecher heranzuziehen, werden mit Eifer von der Hüttenverwaltung fortgesetzt, ohne daß man bisher den gewünschten Nutzen erlangte. Trotzdem sind sich die Streikenden darüber klar, daß

er Kampf mit dem Blasing ein schwieriger wird. Die Zahl der Streikenden ist auf 530 gestiegen und sind 1500 Familienangehörige zu unterstützen.

Achtung, Theaterarbeiter! Die Bühnenarbeiter in Hamburg sind in eine Lohnbewegung getreten. Der Zugang ist ferngehalten. Der Verband des technischen Bühnenpersonals.

Ein polnisches Gewerkschaftsblatt. Mit dem 1. April erscheint in Posen ein von der Generalkommission der Gewerkschaften in polnischer Sprache herausgegebenes Gewerkschaftsblatt „Oswiata“ (Aufklärung). Der Redacteur des Blatts, das 14tägig im Umfang des „Operaio italiano“ erscheint, ist Genosse Stremski aus Leipzig.

Textilarbeiter! In Gunewalde b. Vauhen sind 600 Weber und Weberinnen bei den Firmen Carl Kalau und J. G. Große wegen Lohnabzug von 10–20 Proz. in den Ausstand getreten.

In der Strumpfabrik von Albin Drechsel in Gorusdorf sind 28 Arbeiter wegen Lohnabzug von 10 Proz. im Ausstand. In Neu-Burg, im Betrieb der Norddeutschen Textilwerke vormals Jordan u. Co., sind wegen Lohnabzug 31 Weber und 21 Weberinnen im Ausstand. In Aachen sind bei der Firma A. Klein Schmidt 20 Weber in den Ausstand getreten, nachdem der Versuch, die Einführung niedrigerer Lohnsätze auf gültigem Wege zu verhindern, gescheitert war. — Bezüglich des Streiks bei der Textilfirma G. E. B. Vorsch ist zu melden, daß die organisierten Arbeiter beschlossen haben, innerhalb zweier Jahre bei der Firma keine Arbeit anzunehmen. Die Streikenden haben anderwärts Beschäftigung gefunden. Trotzdem in Aachen und Umgebung die christlichen Verbände vorherrschen, löst ein Weberstreik den andern ab. Die Lehre von der Würdigkeit einer Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmern geht nirgend so elend in die Brüche als im frommtholischen Aachen.

In der Baumwoll-Spinnerei und Weberei von Pongß u. Jahn in Vieren streifen die Arbeiter gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde. In den beiden mechanischen Stoffwebereien Karl Langefeld Sohn und Edmund Corty u. Comp. haben die Weber eine Lohnhöhung von 10 Proz. gefordert, weil die Löhne während der schlechten Konjunktur reduziert worden sind. Auf die Weigerung der Fabrikanten haben sämtliche Stoffweber die Kündigung eingereicht. Die Unternehmer suchen durch Insuperate Arbeitskräfte heranzuziehen.

Bei der Firma A. Klein Schmidt, mechanische Weberei in Burtfeld, ist ein Streik angebrochen, der sich gegen eine Lohnhöhung wendet. Die Arbeiter gehören dem christlichen Textilarbeiter-Verband an.

Ausland.

Der Streik in der Wiener Damenkonfektion hat mit ganz ähnlichen Umständen zu kämpfen, wie sie auch bei uns in dieser Branche bestehen. Der Accordlohn, der vielfach üblich ist, führt zu einem fortgesetzten Herunterdrücken der Preise, und dabei drängt sich zwischen Arbeiter und Großkaufmann der Zwischenmeister. Die Streiker verlangen deshalb die Einführung des Zeitlohns. Bisher haben 40 Firmen mit 250 Arbeitern bewilligt. Die Zwischenmeister haben beschlossen, mit ihren Auftraggebern zu unterhandeln.

Der Hasenarbeiterstreik in Marseille. Die Delegierten der vereinigten Arbeiterkammern des Departements Bouches du Rhône haben eine Tagesordnung angenommen, in welcher das Arbeiterstudium aufgeföhrt wird, in kürzester Frist zusammenzutreten, um über die Notwendigkeit eines allgemeinen Ausstands aller Gewerkschaften sich schlüssig zu machen.

Gerichts-Beitrag.

Gegen unsere Parteigenossin Dr. Rosa Luxemburg verhandelte am Mittwoch das Hamburger Schöffengericht wegen Führung falschen Namens und Uebertretung des Hamburgischen Vereinsgesetzes. Genossin Luxemburg sprach im Dezember v. J. in mehreren Volksversammlungen in Hamburg. Obwohl der Hamburger politische Polizei Name und Adresse der in großen Annoncen im „Hamb. Echo“ angekündigten Rednerin schon vorher ganz genau bekannt war, obwohl sie vor allem ganz genau wußte, daß Frau Dr. Luxemburg seit 1898 verheiratet ist mit dem Kaufmann Lübeck und daß sie unter ihrem Mädchennamen Luxemburg Schriftstellerin ist und spricht, weil sie unter diesem Mädchennamen als politische Schriftstellerin bekannt geworden ist und niemand wissen würde, um wen es sich handelt, wollte sie nun plötzlich unter dem Namen einer Frau Lübeck auftreten — obgleich der Polizei das, wie gesagt, alles bekannt war, instruierte sie ihre Organe doch dahin, die Referentin zu fragen, wie sie heiße. Uebrigens eine Maßnahme, die sonst in Hamburg nicht üblich ist. Die Namen der Redner resp. Rednerinnen werden sonst stets vom Versammlungsleiter der Polizei auf einem von dieser gelieferten Formular am Schluß der Versammlung übergeben. Genossin Luxemburg sagte nichtbühnend dem Beamten: sie sei Dr. Rosa Luxemburg. Dafür wurde sie dann von der Polizei mit zwei Strafverfügungen über je 20 Mark bedacht. Sie beantragte gerichtliche Entscheidung und ließ sich in der Hauptverhandlung von dem Rechtsanwält Dr. Suse vertreten, der die ganze bühnliche Aktion der Polizei in der Verhandlung klar stellte. Der Staatsanwalt beantragte Verhängung der Strafverfügungen, das Gericht entschied aber dem Antrag des Verteidigers auf Freisprechung, indem es ausführte: Es sei verboten, daß jemand einen ihm nicht zukommenden Namen führe. Der Mädchennamen einer Frau konnte dieser aber nach dem bürgerlichen Gesetzbuch auch noch nach der Verheiratung zu, denn sie dürfe ihn zum Beispiel führen, wenn ihre Ehe wieder geschieden sei. In diesem Sinne habe die Jubilatur in letzter Zeit schon mehrfach entschieden.

Das Gefängnis als Heilkunst. Ein Berichterstatter teilt folgenden traurigen Fall mit: Das Vergnügen, welches die meisten Kinder bei den Exercitien der Feuerwehr empfinden, hat das 15jährige Dienstmädchen Marie Drömer aus Berlin zur Brandstifterin gemacht. Gestern stand sie vor der zweiten Strafammer am Landgericht II unter der Beschuldigung der teils vollendeten, teils verurteilten schweren Brandstiftung in fünf Fällen. Das Mädchen stand vom 1. März bis zum 6. Dezember v. J. bei dem Lehrer Müller in Charlottenburg in Diensten. Der Dienstherr ist Besitzer des Hauses Friedbergstr. 39. Am 27. November geriet auf dem Hofe des Grundstücks der Müllkasten in Brand, weil glühende Asche hineingeschüttet worden war. Die Feuerwehr rückte an, fand aber nichts zu thun. Immerhin gefiel das Schauspiel, welches die an- und abrückende Feuerwehr bot, dem jungen Mädchen so ausgezeichnet, daß sie sich entschloß, sich dieses Schauspiel auf eigene Faust zu verschaffen. Als am 2. Dezember die Herrschaft ausgegangen war und sie sich mit dem einzigen Kinde derselben allein zu Hause befand, begoß sie den ersten Pöbel der Hintertreppe mit Petroleum und zündete dieses an. Die Hausbewohner ertrübten das Feuer rechtzeitig, sie löschten die Flammen mit leichter Mühe aus. Die Feuerwehr brauchte erst gar nicht alarmiert zu werden und so kam das Mädchen um das erwartete Schauspiel. Sie suchte sich aber schädlos zu halten. Schon eine halbe Stunde nach dem ersten Brande zündete sie mit Hilfe von Salmiatgeist und Papier den zweiten Treppenhof an und in gleicher Weise und noch an demselben Tage auch den dritten und vierten Hof. In keinem Falle entwickelte sich das Feuer so weit, daß eine Alarmierung der Feuerwehr erforderlich geworden wäre. Ueber ein Anschwellen der Treppenhöfe kam es nie hinaus. Man hatte von vornherein Verdacht gegen das Mädchen, aber sie leugnete hartnäckig, nicht dagegen eine Räuberthat auf. Sie behauptete, daß sowohl der eigne Vater wie auch ein Professor v. Rud ihr nach dem Leben trachte. Am 2. Dezember sei sie von einem unbekannten Mann auf der Treppe überfallen und gewürgt worden, und dieser Mann sei es vielleicht gewesen, der das Feuer angelegt habe. Am 6. Dezember brannte der Dachstuhl des schräg gegenüberliegenden Hauses Friedbergstr. 4 ab. Das Mädchen geriet in Verdacht, auch diesen Brand angelegt zu haben. Sie wurde verhaftet und gestand dem Kriminalinspektor Krause, daß sie sowohl die vier Brände am 2. Dezember, wie auch den Brand am 6. Dezember angelegt habe. Den letzteren Brand bestritt sie vor Gericht.

Ober gab sie an, sie habe die Brände im Hause ihres Dienstherrn nur angelegt, um die Feuerwehr zu sehen. Der Gerichtshof hatte Zweifel an ihrer geistigen Zurechnungsfähigkeit geäußert, der Psychiater Dr. Klein gab sein Gutachten aber dahin ab, daß die Angeklagte zwar auf dem besten Wege sei, hysterisch zu werden, daß sie aber eine strenge Jucht bald gesund und für die menschliche Gesellschaft brauchbar machen werde. Vorläufig sei sie das, was man eine echte Berliner Ränge zu nennen pflegt. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis, rechnete aber davon drei Monate auf die erlittene Unterbringung ab.

Wir stehen wohl keineswegs allein mit dem Bedauern darüber, daß der Gerichtshof ein unglückliches Geschöpf, das an der gerade bei jungen Mädchen nicht seltenen Promanoe zu leiden scheint, auf das Urteil eines einzigen Gutachters hin ins Gefängnis schickte und dem armen Wesen damit für sein ganzes Leben einen Mangel aufbrachte. Wo mag dem Psychiater die Weisheit geworden sein, daß das Gefängnis als Heilkunst dienen kann?

Versammlungen.

Kommandant De Wet, einer jener Boerenkämpfer, die der englischen Gefangenenschaft entronnen sind und zur Zeit in Deutschland rednerisch für die Boeren Sache wirken, sprach am Mittwoch in einer gegen 2000 Personen starken Versammlung, die der Aldeutsche Verband im Kellerischen Saal in der Kopenstraße veranstaltet hatte. Es kostete diesmal in der vorderen Hälfte des Saals eine Mark, in der hinteren Hälfte dreißig Pfennige Eintrittsgeld. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß sich ein ganz anderes Publikum einfand, als man es in Volksversammlungen zu finden pflegt. Auf den nummerierten Plätzen sah man Damen in feinen Gesellschafts toiletten und Herren, die man nach der landläufigen Ausdrucksweise als „Angehörige der besseren Gesellschaft“ zu bezeichnen pflegt. Ein etwas vollständigeres Gepräge zeigte das Publikum, welches die Dreigroschenplätze füllte. Die ganze, von den Aldeutschen arrangierte Veranstaltung, die außer den Reden ein ziemlich reichhaltiges Programm von Musik- und Gesangsvorträgen bot, trug weit mehr den Charakter eines Unterhaltungsabends, als den einer Versammlung, und sie unterschied sich dadurch recht unwortlich von den beiden zu Gunsten der Boeren Sache in Berlin bereits abgehaltenen Versammlungen, obgleich auch diese manche Zugaben enthielten, die besser hätten wegbleiben können.

Von all dem theatralischen Beiwerk, welches die Veranstaltung des Aldeutschen Verbands aufwies, hob sich die Rede des jungen De Wet recht vorteilhaft ab. In der Sprache seines Volks, die Wilmar Schoonover ins Deutsche übertrug, schilderte De Wet mit schlichter Natürlichkeit die Kämpfe, welche die Engländer seit einem Jahrhundert gegen die Freiheit und Selbständigkeit der Boeren führen, wie diese erst aus Kapland, dann aus Natal verdrängt, den Orange- und den Vaalfluh übergriffen und sich in den jetzigen Freistaaten ansiedelten. Hier glaubten wir — sagte der Redner — vor unsren Feinden endlich Ruhe zu haben. Aber der Boden Transvaals bot einen neuen Feind: die reichen Goldlager. Wenn wir diese Schätze, nach denen die Engländer die Hände ausstreckten, nicht unter der Erde unseres Landes gehabt hätten, dann wäre die Frage des Stimrechts gar nicht aufgetaucht, und dieser Krieg wäre nicht entstanden. Nachdem der Redner die Kriegsführung der Engländer geschildert hatte, fuhr er fort: Die europäischen Mächte haben unsrer Meinung nach die Pflicht, diesem Kriege ein Ende zu machen. Es giebt nicht eine Vermittlung der Haager Friedenskonferenz, die England im Kriege gegen uns nicht übertraten hat. Ist es nicht Pflicht der Staaten, welche an der Konferenz teilgenommen haben, darauf zu sehen, daß ihre Abmachungen auch gehalten werden? — Auf der Haager Konferenz ist auch die strengste Neutralität der nicht am Kriege beteiligten Mächte festgesetzt worden. Wie wird aber uns gegenüber die Neutralität gehalten? Es steht fest, daß von Deutschland, dessen Volk in seiner Gesamtheit mit größter Sympathie auf unsrer Seite steht, Kanonen hinausgeschickt worden sind, mit denen die Engländer die Boeren erlöschten. Ich habe in Hamburg gesehen, daß 2000 Sättel, die aus Berlin gekommen waren, nach England geladen wurden. Sie dienen dazu, um die Verfolger der Boeren beritten zu machen (Rufe der Entrüstung.) Ich hoffe, daß das deutsche Volk gegen solche Verstöße Einspruch erhebt, damit ein Ende gemacht werde. — Wegen des Gerüchts, Botha wolle sich ergeben, hat der Redner seine Freunde in Holland um Auskunft ersucht und von dort ein Antwort-Telegramm erhalten, in dem es heißt: Botha's Verhandlungen mit Kitchener sind kein Beweis, daß Botha verspricht war, Verhandlungen zu führen. Die Afrkanersache steht gut. De Wet ist frei. Delaroz's Position im Westen Transvaals ist sehr stark. Es scheint, daß Kitchener selbst, indem er die Frau Botha zu ihrem Manne schickte, die Verhandlungen begonnen hat. Das ist kein Beweis für die Stärke der britischen Position. Das Gerücht, Botha werde sich demnächst ergeben, ist unwahr. — (Das Telegramm datiert vom 13. März.) Der Redner schloß mit herzlichem Dank für seinen Lande und seinem Volke begangene Sympathie. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung sandte ein Telegramm an den Präsidenten Krüger und nahm eine Resolution an, die den Boeren Sympathie ausdrückt.

Auf Verlangen aus der Versammlung wurde die Firma Reinhard in der Taubenstraße als Lieferantin der Sättel nach England genannt.

Die das Publikum dieser Versammlung, oder doch die Leute auf den Plätzen zu einer Mark diese Veranstaltung aufzählten, das zeigt der Umstand, daß die Damen der nummerierten Plätze nach Schluß der Versammlung in hellen Scharen zur Bühne hinausstiegen, um dem jungen De Wet Ansichtskarten zur Unterschrift vorzulegen. — Auch eine Boerenbegeisterung.

Die in der mechanischen Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Mittwoch im „Schweizergarten“ eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung ab, in der Herrmann zunächst über „Die Aussperrung der Arbeiter durch den Verband der Fabrikanten“ referierte. Der Redner besprach den in der Dienstagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten Was der Fabrikanten und zeigte, wie ungerechtfertigt die darin gegen die Ausständigen erhobenen Beschuldigungen sind. Die angeordnete Aussperrung ist bis jetzt noch nicht zur Thatfache geworden. Es hat eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Fabrikanten-Verbands stattgefunden, in der dieser erklärte, über die Aussperrung sei noch kein Beschluß gefaßt worden, aber morgen fände eine Sitzung statt, die darüber beschließen werde. Stundenlange Auseinandersetzungen, führt der Referent aus, hätten nur dahin geführt, daß der Vorsitzende des Fabrikanten-Verbands verlangte, die Ausständigen sollten zu den alten Bedingungen wieder anfangen. Redner tritt dafür ein, daß die Forderungen voll und ganz aufrecht erhalten werden. Der Stand des Streiks sei ein vorzüglicher und es liege gar keine Ursache vor, von den gerechten Forderungen Abstand zu nehmen. In demselben Sinn sprach auch der aus Kärnten anwesende Vorsitzende des Schuhmacher-Verbands Simon und schrie u. a. aus, daß einzelne Fabrikanten gern bewilligten möchten, aber vom Fabrikanten-Verband daran verhindert würden. Hätten die Herren ihren Statuten gemäß handeln wollen, so hätten sie die Aussperrung sofort beschließen müssen. Redner fordert die Ausständigen auf, an ihren Forderungen festzuhalten, sich aber aller gefehrwidrigen Handlungen gegen die Arbeitswilligen zu enthalten. Nachdem noch mehrere Redner sich im gleichen Sinne ausgesprochen haben, wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung aller in der mechanischen Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten durch die Drohung, eine Aussperrung vornehmen zu wollen, die Ausständigen dazu veranlassen will, von der Vertretung ihres Koalitionsrechts Abstand zu nehmen. Die Versammlung erklärt, daß die Behauptungen der Fabrikanten, die Arbeiter würden

durch Drohungen und Beschuldigungen vom Eintritt in die Fabriken abgehalten, jeglicher Begründung entbehren. Sie erklärt, daß sie Gewaltmaßregeln ganz entschieden verurteilt. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor auf Seiten der Ausständigen steht, denselben ihre volle Sympathie entgegenbringt und sie mit allen moralischen und materiellen Mitteln unterstützen wird.

Charlottenburg. Am 6. März tagte in der Gambrius-Brauerei eine große öffentliche Versammlung der Parbier- und Friseurgehilfen Charlottenburgs. In derselben berichtete die Lohnkommission über die aufzustellenden Forderungen. Die Lohnkommission hatte die Forderungen gegen die Berliner Gehilfen etwas herabgesetzt, nämlich von 12 M. und ganze Kost auf 10 M., von 15 M. und halbe Kost auf 14 M., sonst aber hatte sie die andern belannten Berliner Forderungen beibehalten. Zur Begründung hierzu erklärte der Obmann der Kommission, daß die Kommission auf Einladung der Arbeitgeber-Organisation schon eine Sitzung mit der Kommission der Arbeitgeber hatte. Hier legte die Lohnkommission die zuerst aufgestellten Forderungen vor, worauf die Arbeitgeber erklärten, daß, falls die Gehilfen auf diese Lohnforderung bestehen bleiben, ein weiteres Verhandeln unmöglich sei. Viere hielt es für sehr unglück, jetzt von den Berliner Forderungen abzuweichen und andre Forderungen aufzustellen, besonders wo beide Ortschaften geographisch so gelegen seien, daß sozusagen alles eins bildet. Die zuerst aufgestellten Forderungen wären durchaus nicht zu hoch gegriffen. Er begründete eingehend nochmals jede Forderung, so daß zum Schluß folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen wurde: „Die heute tagende öffentliche Versammlung beauftragt die Lohnkommission, die zuerst aufgestellten Forderungen den Arbeitgeber-Organisationen zu unterbreiten und über das Resultat demnächst Bericht zu erstatten.“ Mit einem dreifachen Hoch auf die Lohnbewegung schloß die sehr zahlreich besuchte Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (Hamburg) Filiale Berlin 8. Sonnabend, den 16. März, abends 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Dieck, Alsterstr. 123.

Japan und Rußland.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Russen ihre Pläne in Ostasien verfolgen, scheint die andern Mächte müde zu machen. Wie verlautet, geben sie sich mit der Erklärung von russischer Seite, daß die Mandchurei geräumt werde, sobald die Ordnung vollkommen wieder hergestellt sei, zufrieden. Sie sehen wohl ein, daß sie gegen Rußland nichts auszurichten vermögen und machen aus der Rot eine Legung. Nur Japan leistet vorläufig noch Widerstand; es scheint indes ausgeschlossen, daß es Rußland gegenüber zu ernstlichen Konflikten will kommen lassen.

Die „Times“ berichten aus Shanghai vom 13. März: Die in Port Arthur befindliche Agentur der „Chartered Bank of India, Australia and China“ wurde gezwungen, ihr Geschäft zu schließen, da Rußland dort zu Gunsten der russisch-chinesischen Bank das Bankmonopol erklärt hat.

Wie das „Bureau Laffan“ meldet, werde voraussichtlich eine russische Flottenlandung in der Petchilijgolf stattfinden, einerseits, um einen Druck auf China auszuüben, hauptsächlich aber, um Japan zu warnen, wenn es beabsichtigen sollte, dem Vordringen Rußlands in Nord-China Hindernisse zu bereiten. Gegenwärtig ständen über 100 000 Mann russischer Truppen auf chinesischem Gebiet, doch sei man in Petersburg entschlossen, die Streitkräfte noch zu vermehren.

Die Gesandten in Peking beraten unterdessen weiter über die Frage der

Bekrafung der Provinzbeamten.

die an der Ermordung von Missionaren und eingeborenen Christen direkt beteiligt gewesen sind. Der russische Gesandte beanstandet jede weitere Bekrafung von Beamten, selbst wenn sie wirklich schuldig sein sollten. Es verlautet, der russische Gesandte habe auf Grund direkter Befehle aus Petersburg gehandelt.

Nach einer Shanghai'ser Meldung soll ein geheimes kaiserliches Dekret den Vicekönigen Liung und Tschangtschung befohlen haben, die Unterhandlungen wegen des Mandchurei-Abkommens an Stelle des erkrankten Li-Hung-Tschang weiter zu führen. Andererseits wird berichtet, der russische Vertreter habe Li-Hung-Tschang aufgefordert, den Vertrag zu ratifizieren. Ein Meeting, welches von Chinesen einberufen worden war, hat ein Memorandum an den Hof gerichtet, in dem die Ansicht zum Ausdruck gebracht wird, daß, wenn das Abkommen mit Rußland nicht abgewiesen werden würde, die Aufteilung Chinas unvermeidlich sei.

China zwischen zwei Feuern.

Frankfurt a. M., 14. März. (W. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Nach einem Telegramm des Bureau Laffan aus Peking vom 13. b. M. antwortete der deutsche Gesandte der Regierung von China betreffs der russisch-chinesischen Mandchurei-Konvention in ähnlichen Ausdrücken, wie die andern Mächte, die China gewarnt haben, und teilte mit, wenn China mit Rußland eine Ausnahme mache, würde das für die andern Mächte einen Präcedenzfall bilden. Das hat die Chinesen zu weiteren Protesten ermutigt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Keine Wiederaufnahme in Montcau-les-Mines.

Montcau-les-Mines, 14. März. (W. G.) Die Ausständigen beschlossen heute, nachdem sie über die neuen Vorschläge der Grubenbesitzer beraten hatten, den Ausstand fortzusetzen.

Die Heeresorganisation in England.

London, 14. März. (W. G.) Unterhaus. Bei der Weiterberatung des Heeresbudgets spricht sich Campbell Bannerman gegen die Vorschläge des Staatssekretärs des Kriegsbrodric aus. Die für die Vermehrung des Heeres angeführten Gründe seien nicht geeignet; die Aushebung würde vom Volke nicht ertragen und könne auch nicht ausgezungen werden, weil sie auf Englands Verhältnisse nicht anzuwenden sei. Wenn die Regierung nicht die genügende Anzahl Rekruten erlangen könne, so dürfe sie sich auch nicht einbilden, in der allgemeinen Dienstpflicht eine zuverlässige Hilfsquelle zu haben. Er, Redner, sei gegen die Vorschläge, weil sie militärisches System und militärischen Geist einführten, was notwendiger Weise den Charakter der Nation und des Reichs ändern müsse.

Ordenburg, 14. März. (W. G.) Die Stadt Kapivar Schwedt infolge Hochwassers in großer Gefahr. Die Schugarbeiten erweisen sich trotz aller Anstrengungen als erfolglos.

Paris, 14. März. (W. G.) Im Ministerrat unterbreitete der Kriegsminister seinen Kollegen ein neues Programm für den geschichtlichen Unterricht in den Militärschulen. Dieses Programm stellt als Vorbild für die republikanische Armee die Armee der Revolution hin und besteht darauf, daß die Mitglieder der Armee, besonders die Offiziere, sich nicht nur dem Kriegshandwerk widmen, sondern auch die intellektuellen und moralischen Vorgesetzten ihrer Untergebenen sein sollen, indem sie diese zu ihrer bürgerlichen, sozialen und moralischen Pflichten antreiben. — Wie verlautet, werde im heutigen Ministerrat die zweijährige Dienstzeit beim Militär im Prinzip beschlossen.

Paris, 14. März. (W. G.) Depuliertenkammer. Im Verlaufe der Beratung über das Vereinsgesetz wird der von dem Berichterstatter und dem Ministerpräsidenten Waldeck-Roussau beantragte Änderungsantrag mit 251 gegen 258 Stimmen abgelehnt, welcher verlangt, daß die Kongregationen durch Decret des Staatsrats aufgelöst werden können.

Saint-Etienne, 14. März. (W. G.) In den Dolomentschaft bei Roche-la-Molière drang Wasser ein. 700 Arbeiter mußten zu Tage befördert werden. Es gelang, alle bis auf drei, die vermisst werden, zu retten.

Reichstag.

67. Sitzung vom Donnerstag, den 14. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratliche: Graf Posadowski, Präsident Graf Ballestrem übermitteln dem Hause den besten und wärmsten Dank des Prinzregenten Luitpold von Bayern für die ihm seitens des Reichstags erwiesene Aufmerksamkeit.

Auf der Tagesordnung stehen die seiner Zeit an die Budgetkommission zurückverwiesenen Teile des Etats zur zweiten Lesung, und zwar zunächst

Vom Etat für das Reichsamt des Innern, fortdauernde Ausgaben, Kapitel Reichs-Versicherungsamt.

Zu 1: Präsident. Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen dazu folgende Resolution:

Der Reichsanwalt möge dahin wirken, daß zu ständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts Techniker und Rationalökonomien berufen werden.

In der Vorlage werden für ein mathematisch und verversicherungstechnisch geschultes Mitglied 1500 M. angelegt.

Die Kommission beantragt, diese Position zu streichen. Ferner beantragt die Kommission folgende Resolution: Der Reichsanwalt möge für die Senatsvorstehenden beim Reichs-Versicherungsamt den Rang von Räten III. Klasse erwirken.

Abg. Dr. Abtheilung (völklich):

Im Kreise Land-Vergleich werden die Unkosten der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nicht wie es das Gesetz vorschreibt durch Umlageverfahren bezw. Zuschlag zu den Grundsteuern, sondern auf der Grundlage der Kreissteuern aufgebracht. Dieses Vorgehen im Interesse der Grundbesitzer widerspricht dem klaren Wortlaut des Gesetzes.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn das Reichs-Versicherungsamt nicht dem Reichsamt des Innern untergeordnet wäre, sondern direkt unter dem Reichsanwalt als selbständiges Amt stünde. Das würde nur seiner hohen Bedeutung entsprechen. (Sehr richtig! links.) Ebenfalls wäre es angebracht, daß der Präsident des Reichs-Versicherungsamts zu weiteren Verhandlungen im Reichstage zu gezogen würde. — Den Wunsch der Socialdemokraten, daß Techniker und Rationalökonomien zu ständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts ernannt werden, halte ich für durchaus berechtigt. Die Bedeutung der Techniker im Gegensatz zu den Juristen wird heute noch vielfach unterschätzt, man kann sagen, die Technik ist zur Zeit noch das Höhenbrot der Wissenschaft. Gerade bei diesem Amt aber handelt es sich sehr häufig um Beurteilung von Fragen, die nur von Technikern sachgemäß geprüft werden können. Die Aufstellung von Sachverständigen ist auch in anderer Beziehung sehr erwünscht. So ist die Mitwirkung von Arbeitern bei Ausübung der Kontrolle über die Ausführung der Unfallversicherungsbedingungen geradezu unentbehrlich und es ist nicht zu verstehen, weshalb sich einzelne Berufsvereinigungen noch dagegen wehren. Die Versicherungsanstalt Berlin hat als Kontrollbeamte lediglich Arbeiter angestellt, ohne daß sich der geringste Mißstand daraus ergeben hätte. Weiter sollten die Berufsvereinigungen dem Kreisverfahren ihre Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße zuwenden. Die Bauerei-Berufsvereinigungen hat dadurch, daß sie möglichst von Anfang an das Kreisverfahren einzuweisen ließe, die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle auf circa die Hälfte vermindert. Das hat sie natürlich nicht nur im Interesse der Arbeiter getan, sondern auch sie hat peluniären Vorteil davon. Es wäre also sehr zu begrüßen, wenn auch andere Berufsvereinigungen dieses Verfahren ein schlagen würden und sehr zu bedauern ist es, daß nicht bei der Beratung der letzten Unfallversicherungs-Gesetze die Rarenzzeit überhaupt beseitigt wurde. (Sehr richtig! links.)

Schließlich möchte ich sie aufmerksam machen, auf eine kaiserliche Verordnung, die am 10. Oktober vorigen Jahres ergangen ist. Danach sollen die nicht ständigen richterlichen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts nicht mehr wie bisher vom Kaiser, sondern vom Reichsanwalt ernannt werden. Ich halte diese Vermehrung der Richterzahl des Reichs-Versicherungsamts und des Reichsamts des Innern und speziell die Vermehrung seines Einflusses auf die Aufstellung des Reichs-Versicherungsamts nicht für zweckmäßig. Ich würde es auch für richtig gehalten haben, wenn man im inneren Geschäftsbetrieb des Reichs-Versicherungsamts speziell in der Bildung der Abteilungen dem Reichs-Versicherungsamt eine größere Selbstständigkeit belassen hätte. (Beifall links.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Es ist mir mitgeteilt worden, daß in einem Orte Hesse-Raffens bei der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen die Kosten auf Grund der direkten Staatssteuer veranlagt werden und es wird behauptet, daß auf eine Beschwerde beim Reichsamt des Innern hin dieses Verhalten gebilligt worden sei. Mir scheint es zweifellos, daß ein solches Vorgehen dem § 34 des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-Gesetzes widersprechen würde. Wesentlich als dieser Punkt ist die Thatsache, daß die Zahl der Unfälle sich von Jahr zu Jahr vergrößert. In diesem Jahre ist die höchste Ziffer erreicht worden, wenn auch bei einzelnen Berufsvereinigungen die Zahlen niedriger geworden sind. So wohl die Zahl der tödlichen Unfälle wie die der Unfälle überhaupt ist gestiegen. Dies sollte den Reichstag veranlassen, nach zwei Richtungen vorzugehen: erstens das Selbstinteresse zu beseitigen, das die Berufsvereinigungen an der Vermehrung der Unfälle haben, und zweitens die Arbeiter in erhöhtem Maße beim Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften und bei der Kontrolle der Durchführung derselben zu berücksichtigen. Die Zahl der tödlichen Unfälle betrug 1896 7100, 1897 7400, 1898 7900, 1899, das heißt in dem letzten Berichtsjahre, 8100. Gestiegen ist auch die Zahl der schweren Verletzungen, die zur Folge hatte, daß der Verunglückte über 15 Wochen erwerbsunfähig war. 1896 betrug sie 79000, 1897 84000, 1898 90000 und stieg im Jahre 1899 auf 94900. Eingestrichelt dieser erhöhten Zahl der Unfälle kann der Zustand nicht aufrecht erhalten werden, daß den Arbeitern nicht einmal der volle Schaden ersetzt wird, sondern daß durch die Vermehrung der Unfälle der Unternehmerrschaft eine ganze Reihe von Vorteilen zugewendet wird. Um diesen Vorteil zu berechnen, mögen folgende Zahlen dienen: Zunächst beträgt die Rente im besten Fall zwei Drittel des Jahres-Arbeitsverdienstes. Der Vorteil, der der Unternehmerrschaft hieraus erwächst, daß sie nicht den vollen Schaden zu ersetzen hat, würde also mit Rücksicht auf die oben genannte Zahl der Unfälle im Jahre 1896 20 Millionen betragen, 1897 23 Millionen, 1898 21 Millionen, 1899 25 Millionen. Der zweite Vorteil für die Unternehmer besteht darin, daß innerhalb der ersten 13 Wochen die Berufsvereinigungen überhaupt nicht für die Verunglückten eintritt. Wenn ich hier nur pro Woche 20 Mark als eventuellen Schadenersatz annehme, so würde herauskommen als Gewinn im Jahre 1896 21 Millionen, 1897 22 Millionen, 1898 23 Millionen und 1899 23 1/2 Millionen.

Dazu kommt noch, daß die ersten Wochen überhaupt nicht entschädigt werden, und die Zahl dieser Unfälle betrug im Jahre 1896: 267 000. Rechnet man hier nur durchschnittlich 4 Wochen a 20 M. Entschädigung, so würde das machen 1896: 43 Millionen, 1897: 45 Millionen, 1898: 48 Millionen und 1899: 52 Millionen. Dazu kommen noch weitere kleine Vorteile bei der Entschädigung für die Witwe und die Kinder, so daß, wenn ich alle diese Gewinne zusammenrechne, der Gesamtverlust für die Unternehmer im Jahre 1896: 81 Millionen betragen würde,

1897: 94 Millionen, 1898: 102 Millionen und in dem letzten Jahresbericht 112 Millionen; also 112 Millionen Jahresgewinn der Unternehmerrschaft als Folge unerer Unfallversicherungs-Gesetze (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Man könnte sagen, daß hierbei auch Unfälle mitberechnet sind, die ohne Schuld des Unternehmers erfolgten. Wir können aber auch berechnen, wie groß der Vorteil der Unternehmerrschaft wäre, wenn wir nur die Fälle berücksichtigen, in denen sie nach dem bürgerlichen Gesetzbuch haftbar wären. Leider ist das statistische Material hierüber sehr ungenügend; die neue Statistik liegt noch nicht vor und ich muß deshalb zurückgehen auf die Statistik von 1896. Aus dieser ergibt sich — sie ist aufgestellt auf Grund der Berufsvereinigungen selbst — daß 7,8 Proz. der Unfälle auf mangelhafte Betriebsanrichtungen, 2,9 Proz. auf mangelhafte oder fehlende Anweisung, 10,8 Proz. auf Fehlen der Schutzrichtungen, 4,05 Proz. auf Fehlen der Schutzeinrichtungen bei gleichzeitiger Unvorsichtigkeit der Arbeiter zurückzuführen sind. Alle diese Unfälle sind also von den Unternehmern selbst verschuldet. Es kommen danach 24 1/2 Proz. der Unfälle auf Schuld der Unternehmer. Berücksichtigen wir also nur diese Unfälle, für die die Unternehmer auch nach dem bürgerlichen Gesetzbuch hätten haften müssen, so beträgt ihr Gewinn den vierten Teil der oben angeführten Summen, d. h. noch immer den enormen Betrag von im Jahre 1896: 20 Millionen, 1897: 23 Millionen, 1898: 24 Millionen und 1899: 28 Millionen. Diese Zahlen beweisen klar den innigen Zusammenhang zwischen der Vermehrung der Unfälle und dem Gewinn des Unternehmertums. Weiter beweisen die Zahlen, daß die Unfallgefahr nicht gesunken ist, während dies doch die nächste Folge der sozialen Fürsorge sein müßte. Die Unfallgefahr wird so lange wachsen, als nicht der volle Schadenersatz dem einzelnen Unternehmer oder der Gesamtheit derselben auferlegt wird. So lange sie also nicht ein peluniäres Interesse daran haben, die Unfallgefahr zu verhüten, werden wir es weiter erleben, daß ganze Armeen von Unfällen auf dem Gebiet des gewerblichen Lebens geopfert werden. Im Interesse der Volkswohlfahrt, im Interesse des Kampfs gegen die Uebermacht des Kapitalismus muß diese Folge der Unfallgesetzgebung beseitigt werden. Man hört nun immer, wie tolllos viel seitens der Unternehmer für die einzelnen Arbeiter aufgewendet wird. Nach meiner Berechnung kommen da aber nur ganz winzige Beiträge in Betracht. 1896 entfielen auf jeden Versicherten 4,23 M., das macht pro Tag 1 1/10 Pf. Unfallentschädigung. Da kann man doch von einer Fürsorge nicht reden! Die Verwaltung kommt demgegenüber außerordentlich hoch. Sie beträgt pro Kopf 0,68 im gewerblichen Betriebe, in der Landwirtschaft 0,21 M. Daher müssen die Arbeiter unbedingt Anteilnahme an der Verwaltung fordern. Ich bin überzeugt, daß unter ihrer Beteiligung die Verwaltung wesentlich billiger werden wird. Bei dieser Gelegenheit muß ich auf einen Vorgang zurückkommen, den ich am 26. Januar schon erwähnt habe. Ich führte an, daß seitens der Berufsvereinigungen für die sogenannten Ehrenvorsitzenden hohe Gehälter von 10—12 000 Mark gezahlt werden, was unzweifelhaft dem Gesetz widerspricht.

Ich hatte auch Herrn Fehlich erwähnt, der seit Jahrzehnten nicht mehr Berufsvereinigungen und seinen einzigen Arbeiter beschäftigt und trotzdem ein Gehalt von 10 000 M. als Ehrenvorsitzender seiner Berufsvereinigungen bezieht. Fehlich behauptet nun in einer Druckschrift, meine Angaben seien grobe Entstellungen der Wahrheit, die wissentlich falsche Beschuldigungen enthalten. Ich habe natürlich keine Veranlassung, einem solchen Manne auf derartige Behauptungen hin zu antworten, sondern werde mir gestatten, das Schreiben der Staatsanwaltschaft zu überreichen mit dem Ertrügen, wenn es im öffentlichen Interesse liegen sollte, gegen Fehlich einzuschreiten. Ich persönlich habe kein Interesse daran. Ich muß aber doch sagen, es ist ein starkes Stück, wenn ein Mann, dessen Verhältnisse notorisch sind, in einer solchen Druckschrift Behauptungen aufstellt, die zur Verwirrung der Sachlage beitragen. Es ist ja richtig, daß er unter dem Namen eines Vorsitzenden ein solches Gehalt nicht bezieht, aber er zieht seinen Erwerb aus der Sachzeitung seiner Berufsvereinigungen und bekommt so das Gehalt, das er eigentlich als Vorsitzender bei der Berufsvereinigungen erhält. Thatsache ist auch, daß er nicht mehr Berufsvereinigungen ist. Wenn er das Gegenteil behauptet, so folgt daraus nicht, daß er recht hat. Wahr ist nur, daß er bei seinen eigenen Häusern von Zeit zu Zeit etwas baut und hier und da ein paar Arbeiter beschäftigt. Von einer gewerblichen Ausübung seines Berufs ist aber keine Rede mehr. Deshalb hat das Reichs-Versicherungsamt alle Veranlassung, der Sache näher zu treten. Die Berufsvereinigungen hat auch seiner Zeit 10 000 M. bewilligt, um in dem Privat-haus des Herrn Fehlich, das auch zu Zwecken der Berufsvereinigungen dient, elektrische Beleuchtung einzuführen, und bei den Einweihung des Hauses wurden 2000 M. von der Berufsvereinigungen ausgegeben. Dasselbe Berufsvereinigungen, die stets darauf bedacht ist, den Arbeitern die Renten um 10 bis 15 Proz. zu kürzen, giebt ihrem Ehrenvorsitzenden 2000 M. zur Einweihung seiner schönen Wohnung. In dem neuen Unfallversicherungs-Gesetz wird dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts die Handhabe gegeben, hiergegen einzuschreiten. Das ist aber noch nicht geschehen. Auch andere Ehrenvorsitzende erhalten hohe Gehälter, so derjenige bei der Eisen- und Stahl-Berufsvereinigungen 6000 M., bei der Zuckerverwerks-Berufsvereinigungen 4000 M., bei der Ziegelei-Berufsvereinigungen 3000 M., bei der Mälerei-Berufsvereinigungen 8000 M. Der Ehrenvorsitzende der Jüdisch-Berufsvereinigungen hat eine jährliche 12 000 M. im Ehrenamt Gehalt. Das ist ein ungeheurer Zustand, den der Präsident des Reichs-Versicherungsamts nicht dulden darf. Diesen Herren, die ein Ehrenamt bekleiden, steht lediglich eine Entschädigung für Zeitversumms zu und weiter nichts. Das ist nicht mehr Fürsorge für die Arbeiter, sondern Fürsorge für die Unternehmer. Das ganze Verfahren ist durchaus gesetzwidrig. Wenn es wahr ist, daß die Mitgliedsverhältnisse im Falle Fehlich so liegen, wie mir mitgeteilt worden ist, dann hätte das Reichs-Versicherungsamt allen Anlaß, dem Manne seine Stellung zu nehmen. Ich hoffe, daß diese ausführliche Darlegung bezüglich der Bezahlung der ehrenamtlichen Vorsitzenden der Berufsvereinigungen nicht erfolglos bleiben wird. Wer das Eigentum eines Andren zu seinem Zwecke verwendet, begeht eine Unterschlagung. Gerade in der jüdischen Berufsvereinigungen scheint es erforderlich zu sein, die Vergriffe von Rein und Dein etwas schärfer zu fassen.

Die Sanatorien-Verwaltungen beeinträchtigen die Rechte der Arbeiter, so daß die ursprüngliche Freude über diese Einrichtung sich in das Gegenteil verwandelt hat. Es wird ihnen bestmöglichste Vorteile vorenthalten und ihnen das Recht genommen, sich politisch zu unterrichten. Das Sanatorium Gütergoy hat ultramontane, socialdemokratische und freisinnige Zeitungen, die in liberalster Weise zur Verfügung gestellt waren, eröffnet, diese Zeitungen sollten nicht mehr kostenlos zugeandt werden, weil sie nicht mehr ausgelegt würden. Das ist eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Kranken. Es soll ihnen eine Zeitung nicht ausgebrängt werden, aber doch die Möglichkeit gewährt werden, zu lesen, was sie lesen wollen. Ich möchte den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts um Abhilfe bitten.

Zum Schluß trägt Redner noch einen Fall vor, wo das Reichs-Versicherungsamt im Gegensatz zu der Berufsvereinigungen und zum Schiedsgericht geurteilt und die Rechte einer Witwe aus dem § 27 der neuen Unfallnovelle gewahrt hat. Möge das Reichs-Versicherungsamt auch sonst dem Ansturm der Berufsvereinigungen so entschieden Stand halten wie hier. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Hoch (Soz.)

begründet den Antrag, Techniker und Rationalökonomien als ständige Mitglieder in das Reichs-Versicherungsamt zu berufen. Daß eine

Vermehrung der technischen Kräfte notwendig ist, wurde in der Budgetkommission von allen Parteien zugegeben. Wir haben absichtlich die allgemeine Fassung gewählt, um es der Regierung zu überlassen, bei welcher Gelegenheit sie die Ernennung vollzieht. Wir hoffen, daß so unser Antrag einstimmig angenommen wird.

Roch schlüsselt die Verhältnisse bezüglich der Rationalökonomien im Reichs-Versicherungsamt. Wir haben im Reichs-Versicherungsamt gar keine Rationalökonomien. Es ist aber unbedingt notwendig, daß dort auch Leute seien, die genaue Kenner der volkswirtschaftlichen Verhältnisse sind. Manches bedauerliche Urteil des Reichs-Versicherungsamts rührt nur aus mangelnden nationalökonomischen Kenntnissen her. So sind die Ansprüche eines armen Pächters auf Invalidenterme von dem Amt zurückgewiesen worden, weil er nicht Arbeiter, sondern selbständiger Unternehmer sei, der zu den Bauern gegangen und ihnen die Kleider gestrichelt habe. Bei größerem Verständnis für volkswirtschaftliche Dinge wäre die Entscheidung natürlich anders ausgefallen. Auch die Unfallstatistik, die Fragestellung und die Bearbeitung der Antworten durch das Reichs-Versicherungsamt läßt die Hand des nationalökonomischen Sachmanns vermissen. Das ganze Material bezüglich der Zeit der entschädigungspflichtigen Unfälle ist unbrauchbar, weil nicht die Unfälle, sondern die Zahl der Verletzten Personen der Statistik zu Grunde gelegt worden ist. Die Juristen können als volkswirtschaftlich gebildet nicht gelten. Wir wissen ja nur genau, daß bei der Berufung von Volkswirtschaftlern nicht Leute gewählt werden, die uns nahe stehen. Bei der Beförderung in ein so hohes Amt ist die Voraussetzung eine gewisse Arbeiterfeindlichkeit. Ueber den Geheimrat Friedensburg im Reichs-Versicherungsamt sind Beschwerden nicht nur in der Presse, sondern auch beim Reichs-Versicherungspräsidenten erhoben worden; der die Möglichkeit dieser Beschwerden durchaus anerkannt hat. Als Strafrichter in Breslau hat sich aber Herr Friedensburg durch seine Schneidigkeit gegen die Arbeiter einen Namen gemacht und so die beste Empfehlung für die Berufung in sein neues Amt erworben. Aber mit Sachverständigen ist eine Verständigung viel leichter möglich als mit Leuten, denen so gut wie jede ökonomische Bildung fehlt. Wenigstens solche Mißgriffe werden vermieden werden, die jetzt aus Unkenntnis entspringen.

Weiter verlange ich, daß die Arbeitervertreterung in reichlicher Maße zur Mitarbeit herangezogen werde wie jetzt. Zu Abteilungs- und Plenarsitzungen soll die Arbeitervertretung herangezogen werden. Die Verordnung vom November vorigen Jahres hat hier eine Aenderung zum schlechteren geschaffen. Früher fand allmonatlich eine Plenarsitzung statt, an der alle in Berlin anwesenden Arbeitervertreter und auch ihre Stellvertreter teilnahmen. So hatten die Arbeiter Gelegenheit, sich über die wichtigsten Verhältnisse zu unterrichten. Schon vor der Verordnung im November war eine Aenderung eingetreten. Im vorigen Jahre haben nur 2 oder 3 Plenarsitzungen stattgefunden. Jetzt hat man noch gründlicher damit aufgehört. Im allgemeinen sollen gar keine Plenarsitzungen, sondern nur Abteilungs-sitzungen stattfinden, zu denen nur immer ein Arbeitervertreter resp. dessen Stellvertreter zugezogen wird. Das ist eine ganz verkehrte und ungebührliche Maßnahme! Der Arbeiter ist auf die Hilfe seiner Kollegen angewiesen!

Auch bei der Revision der Heilanstalten durch das Reichs-Versicherungsamt sollen Arbeiter zugezogen werden. Seit einem ganzen Jahr ist diese Bestimmung in Kraft; eine Revision hat aber noch nicht stattgefunden. Ferner sollte die Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen so erweitert werden, daß sie wirklich nutzbar gemacht werden könnte. Den Berufsvereinigungen ist eine Reihe von Leistungen nicht obligatorisch, sondern nur fakultativ aufgelegt. Es sollte aus der Zusammenstellung hervorgehen, in wie viel Fällen die fakultative Leistung beansprucht, und wie oft sie gewährt worden ist. Ich sehe vollkommen auf dem Boden der territorialen Schiedsgerichte, aber sie sollten so ausgebaut werden, daß es jedem Arbeiter, der eine Rente beansprucht, möglich ist, persönlich vor dem Schiedsgericht zu erscheinen. Die statistische Aufstellung über die Unfälle sollte erweitert werden. In der Rubrik „Folgen der Verletzungen“ sollte die Trennung nach dem Geschlecht durchgeführt werden.

Der Herr Staatssekretär hat die Bitte, ein Ehrenwort einzulösen. Die Unfallkommission und der Reichstag hat auf das Ehrenwort hin davon abgesehen, Bestimmungen zu treffen über die Art, wie die Ärzte Zeugnisse auszustellen haben. Der Arzt soll nur begutachten, was er als Sachmann übersehen kann. Jetzt aber sind die Gutachten der Ärzte häufig auf die Erwerbsfähigkeit ausgedehnt. Der Herr Staatssekretär hat versprochen, diese Art Gutachten zu beseitigen. Bis heute ist aber absolut nichts geschehen. Auf den hier ausgedrückten Wunsch des Staatssekretärs nehmen die Berufsvereinigungen nicht die mindeste Rücksicht. Wenn der Staatssekretär durch ein solches Versprechen gezielte Maßnahmen verhindert hat, so hätte er sich vorher darüber unterrichten müssen, welche Mittel ihm zur Verfügung stehen, um sein Versprechen durchzuführen. Die Arbeiter werden so schwer geschädigt, überhaupt haben sie in der Berzestefrage schwer zu kämpfen und finden wenig Entgegenkommen. Ich möchte bitten, daß alle diese Beschwerden Beachtung finden. Bei der Pariser Weltausstellung hat die Regierung sich beiläufig dem Auslande den Haufen Gold zu zeigen, den die Versicherungs-Gesetzgebung den deutschen Arbeitern bringt. Da sollte sie vorher dafür sorgen, daß im Inlande Einrichtungen bestehen, die es ermöglichen, daß die Vorteile der Versicherungen auch den Arbeitern wirklich zu gute kommen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Ich habe meiner Aufforderung, die ärztlichen Gutachten nicht auf die Erwerbsfähigkeit auszudehnen, bereits weitere Folge gegeben. Am 29. Januar d. J. habe ich an das Reichs-Versicherungsamt geschrieben. Ich hoffe annehmen zu dürfen, daß man die Ärzte nicht zu Gutachten über die Erwerbsfähigkeit weiter heranziehe. Ich habe den Wunsch ausgedrückt, vom Reichs-Versicherungsamt zu erfahren, welche Maßnahmen dorthin ergriffen worden sind, um Wandel zu schaffen. Eine Antwort ist mir bisher nicht zugegangen. Als Chef der Verwaltung des Innern muß ich vorichtig sein. Ich muß auch den Schein vermeiden, als wollte ich in die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts eingreifen. Ich werde abwarten, was das Reichs-Versicherungsamt in dieser Angelegenheit gethan hat, dann werden wir ja weiter sehen. An der selbständigen Rechtsprechung des Amtes ist die Grenze meiner Kompetenz gegeben. Daß ich die Sache nicht habe ruhen lassen, wird der Vordner aus dieser meiner Erklärung ersehen haben.

Ueber die Höhe der Entschädigung der Vorsitzenden der Berufsvereinigungen ist geklagt worden. Auch hier habe ich nach meinem Versprechen Bericht eingefordert und die Auskunft erhalten, daß diese Frage und die Beschwerden auf der nächsten Genossenschafts-Verammlung eingehend geprüft werden wird. Auf Grund der heute vorgebrachten Beschwerden werde ich mich nochmals an das Reichs-Versicherungsamt wenden. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß die Vorsitzenden aus ihrem Ehrenamt keinen Gewinn ziehen dürfen, ihnen steht lediglich Vergütung der baren Auslagen zu. Es ist angelegt worden, den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts zu den Verhandlungen dieses Hauses zuzuziehen. Es kann aber nur derjenige Beamte den Herrn Reichsanwalt vertreten, der als sein Stellvertreter ernannt ist, oder aber die Bevollmächtigte zum Bundesrat. Sollte man dem Chef des Reichs-Versicherungsamts eine solche Stellung einräumen, so würde er als Chef eines Reichsamts gleichzeitig ein politischer Beamter werden und das sind Funktionen, die sich staatsrechtlich nicht vereinigen lassen. Man müßte dann das Reichs-Versicherungsamt in eine rechtsprechende und eine verwaltende Thätigkeit teilen. Ueber diese Teilung würde ich bei dieser Behörde für ein großes Unglück halten; Verwaltung und Rechtsprechung sollten getrennt werden, wo es in so hohem Maße auf die Kenntnis der sozialen Verhältnisse ankommt. Herr Abg. Stadthagen hat auf die steigende Zahl der Unfälle

verweisen. Wenn man die absoluten Zahlen nimmt, so ist es ja richtig; er hätte aber angeben müssen, wie sich prozentual die Zahl der Unfälle zu der Zahl der gewerblichen Arbeiter verhält. Im Jahre 1896 betrug der Prozentsatz der Unfälle 0,71, 1898: 0,73. Ich schiebe diese geringe Steigerung auf den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, der dazu geführt hat, daß eine große Anzahl ungelerner Arbeiter eingestellt wurde. Die Berechnung des Herrn Stadthagen über den Gewinn der Unternehmer war nicht zutreffend. Er hat nicht erwähnt, daß in allen Fällen, wo der Unfall durch Verschulden der Arbeiter herbeigeführt wurde oder wo eine Schuld der Unternehmer nicht erwiesen werden konnte, nach dem Haftpflichtgesetz die Arbeiter überhaupt keine Entschädigung bekommen. Jetzt erhalten sie alle eine Rente, ganz abgesehen, ob Verschulden ihrerseits vorliegt oder nicht. Uebrigens betrug 1887 die Zahl der durch die Arbeiter verschuldeten Unfälle 26,56 Proz., sie ist bis zum Jahre 1897 auf 29,26 Proz. gestiegen. — Auf die Beschwerde über ein Mitglied des Reichs-Versicherungsamts habe ich keine Veranlassung einzugehen, da die Angelegenheit dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts zur Entscheidung vorliegt.

Wichtiger ist die Frage der zu weiten Entfernung der Schiedsgerichte. Ich hoffe, daß man noch dahin kommen wird, daß die Schiedsgerichte Bezirke mit den Landgerichts-Bezirken zusammenfallen.

Abg. Sachs (Soc.):

Es ist dringend notwendig, daß in den überwiegend polnischen Bezirken die Unfallversicherungs-Vorschriften nicht nur in deutscher, sondern auch in polnisch-er Sprache erlassen werden.

Weiter möchte ich den Herrn Staatssekretär um Aufstellung einer Statistik darüber bitten, in wie viel Fällen die Rentenansprüche verunglückter Arbeiter auch seitens der Schiedsgerichte zurückgewiesen worden sind, weil sich die Arbeiter durch verbotswidrige Vorkommnisse außerhalb des Betriebs gestellt haben sollen. Eine solche Statistik würde beweisen, wie trasse Zustände in dieser Beziehung bestehen. Häufig kommt es vor, daß von Seiten der Aufsichtsberechtigten solches verbotswidriges Verhalten der Arbeiter stillschweigend geduldet wird. Daher möchte auch ich bitten, der Frage der Anstellung von Arbeiter-Inspektoren in gesundheitsgefährlichen Betrieben näher zu treten. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.):

Die Ausführungen des Herrn Vorredners haben wiederum bewiesen, daß vor allem der Leichtsinns der Arbeiter schuld an den vielen Unfällen ist. (Lachen v. d. Soc.) Andererseits ist es bekannt, daß die Arbeitgeber sehr genau auf die Jumehaltung der Unfallversicherungs-Vorschriften acht geben. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) — Herr Stadthagen hat behauptet, der Vorsitzende der Norddeutschen Holz-Vereinsgenossenschaft bezöge als Vorsitzender 12 000 M.; das ist nicht richtig. Er bezieht in der That 7000 M. als Direktor.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

Gegenüber der Behauptung des Herrn Vorredners, die Arbeiter trügen die Schuld an den Unfällen, erinnere ich ihn nur an die bekannte Aeußerung der See-Vereinsgenossenschaft, die in Bezug auf die Unfallversicherungs-Vorschriften den Grundsatze aufstellte: „mundus vult decipi“. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Reichstag hat im vorigen Jahre eine Resolution angenommen, welche eine andre Berechnung des Durchschnitts-Jahresarbeitsverdienstes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter verlangte. Ich wollte den Staatssekretär fragen, ob in dieser Beziehung schon etwas geschehen ist. Nach dem neuen Versicherungs-Gesetz haben die Versicherer eine Vertretung bei den unteren Verwaltungsbehörden, die bei der Entziehung der Renten, bei der Wahl zum Ausschuss, bei der Wahl der Vertreter der Versicherer bei den Schiedsgerichten usw. ihre Interessen zu vertreten haben. Nach dem Versicherungs-Gesetz werden diese Vertreter durch die Vorstände der Krankenkassen gewählt oder, wenn solche nicht vorhanden sind, durch die Vertreter der Kommunalverbände. Nach dem mecklenburgischen Ausführungs-Gesetz nun ist für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, für die es keine Krankenkassen giebt, zur Vertretung der engere Ausschuss der Ritterschaften und Landjäger angeordnet, also weder eine kommunale noch staatliche Behörde, sondern einfach ständische Vertreter, die vor allem aus großen adligen Grundbesitzern bestehen, die es schon als eine Majestätsbeleidigung ansehen, wenn überhaupt die Arbeiter an der Verwaltung ihrer eigenen Interessen teilnehmen wollen. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, sich aus dieser Angelegenheit anzunehmen.

Staatssekretär Graf Posadowski:

Auf die letzte Frage des Herrn Vorredners kann ich heute nicht antworten, da ich selbst erst die tatsächlichen Verhältnisse prüfen muß. Was die anderweitige Festsetzung des durchschnittlichen Einkommens der landwirtschaftlichen Arbeiter betrifft, so habe ich bereits im vorigen Jahre mich an die sämtlichen verbündeten Regierungen gewandt mit der Bitte, diese Durchschnittslöhne aufs neue festzustellen, da mir die jetzigen nicht mehr den tatsächlichen Lohnverhältnissen zu entsprechen schienen. Sämtliche Regierungen, auch die mecklenburgische, haben sich mit dieser erneuten Prüfung einverstanden erklärt. Ich muß also annehmen, daß diesem Ersuchen tatsächlich Folge gegeben ist.

Abg. Hübsch-Deßau:

Einer der Herren Vorredner hat darauf hingewiesen, daß in dem Sanatorium Gütergoy socialdemokratische, ultramontane und freimännliche Zeitungen nicht ausgelegt werden dürfen. Die Sache verhält sich so: Früher wurden frei-Exemplare von verschiedenen Zeitungen geschickt. Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin hielt dies nicht für richtig, und um keine Parteipolitik zu treiben, wurde verfügt, daß dort überhaupt keine Zeitungen mehr ausliegen sollten, daß es dagegen jedem einzelnen Insassen freistehen sollte, die Zeitung der Richtung zu halten, die ihm paßt. Ich gebe zu, daß einzelne Vorlesende von Vereinsgenossenschaften Entschädigungen erhalten, die in keinem Verhältnis zu ihrer Abwesenheit stehen. Nach der Neuordnung der Unfallversicherung ist das geradezu verboten.

Abg. Hübsch (natl.):

Eine Statistik würde ergeben, daß die Zahl der Arbeiter, die der Rente verlustig gegangen sind, weil sie außerhalb des Betriebs stehen, ist sehr minimal. Was die polnischen Arbeiter betrifft, so halte ich für das Richtige, sie mit allen Mitteln anzubahnen, die deutsche Sprache zu erlernen. Die Angabe Stadthagens, die Zahl der Unfälle habe sich vermehrt, ist mir scheinbar richtig. Die entschädigungspflichtigen Unfälle haben sich nicht vermehrt. Nur angezeigt werden viel mehr Unfälle als früher. Die Betriebe sind nicht gefährlicher und die Arbeiter vorsichtiger als früher geworden.

Abg. Dr. Dize (L.):

Wenn die polnischen Arbeiter mit allen Mitteln gezwungen werden sollen, deutsch zu lernen, dann müssen auch die deutschen Arbeiter dort, wo überwiegend polnische Arbeiter beschäftigt sind, gezwungen werden, polnisch zu lernen. Die Unfallversicherungs-Vorschriften müssen auch in polnischer Sprache bekannt gemacht werden. Wenn Herr Stadthagen in seinen ungeheuerlichen Angriffen die Unfallversicherungs-Gesetzgebung für schädigend für den deutschen Arbeiterstand erklärt hat, ja wie könnte er dann für die Reform der Unfallversicherung stimmen? (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Dr. Certeil (L.):

Herr Stadthagen hat über den Landtagsabgeordneten Felsch Aeußerungen gethan, die wir nicht unwillkürlich ins Land gehen lassen können, um so weniger, als ihre Unrichtigkeit bereits in einer Verächtung des Herrn Felsch in „Vorwärts“ vom 3. Januar 1899 nachgewiesen worden ist. (Hört! hört! rechts.) Der „Vorwärts“ hat im Anschluß an diese Verächtung angegeben, daß am Verhalten des Herrn Felsch nichts anzusetzen sei. Herr Felsch ist immer ein entschiedener Gegner irgend

welcher Entschädigung an die Vorlesenden der Vereinsgenossenschaft gewesen. Er selbst bezieht in keiner Form irgend welches Gehalt als Vorsitzender der Vereinsgenossenschaft. Lediglich seine baren Auslagen erhält er zurück, die 3-400 M. jährlich nicht übersteigen. (Hört! hört! rechts.) Bereits am 3. Januar 1899 hat er das festgesetzt. Herr Stadthagen hat heute die Behauptung dahin eingeschränkt, Herr Felsch beziehe nicht ein Gehalt expressis verbis, sondern verleierte als Redacteur der „Vaugetwerts-Zeitung“, die im Dienste der Vereinsgenossenschaft stehe. Herr Felsch besitzt seit 34 Jahren eine angesehenere Fachzeitung, die keinen Pfennig Subvention der Vereinsgenossenschaft erhält; dieselbe ist nur als Publikationsorgan von ihr gewählt worden, weil sie sich ganz besonders dazu eignet. Herr Stadthagen hat weiter behauptet, Herr Felsch sei zu Unrecht Vorsitzender der Vereinsgenossenschaft, weil er keine versicherungspflichtigen Arbeiter mehr beschäftigt. Auch diese Behauptung ist vollkommen unwar. Herr Felsch betreibt nach wie vor sein Geschäft. Auch diese Thatsache ist bereits in der Verächtung vom 3. Januar 1899 festgesetzt worden. (Hört! hört! rechts.) Herr Stadthagen hat dann mitgeteilt, daß Herr Felsch bei seinem Hause, das er der Vereinsgenossenschaft bisher für 6800 M. vermietet hatte, den Mietspreis jetzt auf 22 000 Mark gesiegt habe, und gemeint, es sollte das wohl ein Extradouceur sein. Eine solche Behauptung ist beinahe ehrenrührig! Herr Felsch hat das Haus, dessen Mietsgeber er ist, für 6800 M. an die Vereinsgenossenschaft vermietet. Das Haus besteht aus 36 Zimmern, für das Zimmer werden also 194 M. bezahlt. Der Mietspreis ist so ungewöhnlich billig, daß zu diesem Preis in der Gegend überhaupt kein Haus für die Vereinsgenossenschaft gefunden werden könnte. Und da mozt Herr Stadthagen in bedingter Form von der Möglichkeit eines Extra-Douceurs zu sprechen? Herr Stadthagen sagte, er bringe das alles nur vor, um eine Unteruchung herbeizuführen. Niemand wäre das angenehmer und erfreulicher, als Herrn Felsch. Herr Stadthagen hätte es viel leichter, diese Unteruchung herbeizuführen, wenn er die Güte hätte, außerhalb des Sauges der Immunität dieses hohen Hauses seine Behauptungen zu wiederholen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich hielt mich für verpflichtet, den Ehrenmann Felsch gegenüber diesen Angriffen in Eang zu nehmen, deren Qualifikation ich in Rücksicht auf die Glöde des Präsidenten unterlasse, wohl aber dem Hause und dem Lande überlassen kann. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soc.): Herr Certeil hat einfach erklärt, ich hätte das und das behauptet, und diese Behauptungen seien falsch. Damit, daß Herr Certeil behauptet, sie sind falsch, werden richtige Behauptungen niemals falsch. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wenn er mit diesem Vorwissen hier gegen mich auftritt, so hat er die Pflicht, Thatsachen anzuführen und nicht allgemeine Behauptungen. (Abg. Camp: Sie müssen Thatsachen anführen!) Ach, Herr Camp, von Ihnen habe ich mich noch niemals belehren lassen. (Rufe rechts: Leider! leider!)

Präsident Graf Valkestrom:

Bitte keine Zwiesprache zu halten. (Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend):

Herr Certeil behauptet zunächst gegenüber meiner Behauptung, der Vaudetrieb des Herrn Felsch sei ein ganz minimaler, Herr Felsch betreibe sein Geschäft nach wie vor. Da hätte er doch angeben müssen, was Herr Felsch baut. Ich habe angeführt, daß er nur an seinem eignen Hause Reparaturen vornehmen läßt. Auch Herr Felsch hat in seinem Schreiben nicht angegeben, was er eigentlich baut. Im übrigen lasse ich mir meine Pflicht nicht nehmen, Mißstände hier zur Sprache zu bringen, die bestehen oder bestehen sollen. (Abg. Kardorff ruft: Weistehen! sollen!) Jawohl, Herr v. Kardorff, bestehen sollen. Wenn Sie sagen, das ist keine Pflicht, so ist das eine Annahme Ihrerseits. (Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Valkestrom:

Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Mitgliede nicht Anmahnung vorwerfen, das darf ich mir selbst nicht erlauben. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend):

Es ist die Pflicht eines anständigen Abgeordneten, diejenigen Beschwerden, die ihm vorgelegt werden, hier anzubringen. Ich habe hier eine Fülle von Fällen vorgebracht, damit sie untersucht werden, und der Herr Wüstler hat ja die Unteruchung bereits zugefagt. Ich werde mich in dieser Pflicht nicht abhalten lassen dadurch, daß da gedruckte Geschichten von Herrn Felsch in die Welt gehen, die mit der Wahrheit nicht vereinbar sind. Im übrigen hat zwar nicht Herr Abg. Certeil, aber Herr Felsch die Mäßigkeit gehabt, zu sagen, daß ich dann gegen besseres Wissen behauptet, weil ich keine Verächtung im „Vorwärts“ hätte lesen müssen. Ich war damals nicht in Berlin, und wo ich war, lag im Pesezimmer der „Vorwärts“ nicht aus. (Stürmische Heiterkeit.) Jetzt habe ich aber diese angebliche Verächtung gelesen. Zunächst wird darin gesagt, daß es sich nicht um 30 000 M., sondern um 28 000 M. Barantongen gehandelt habe, die an die Vorstandsmitglieder der Vaugetwerts-Vereinsgenossenschaft gezahlt seien, und weiter, daß Herr Felsch den Vaudetrieb mit versicherungspflichtigen Arbeitern wie früher unterhält. Herr Certeil sagt nun zu, daß der „Vorwärts“ in einer Note zugegeben hätte, was in der Verächtung angeführt sei, wäre zutreffend. Die Verächtung des „Vorwärts“ bezieht sich aber einzig und allein auf den ersten Punkt. Herr Certeil meinte dann, ich möchte doch diese Behauptungen außerhalb des Hauses anstellen. Ich kann Herrn Certeil nur dringend bitten, mir zuzuhören. Ich habe vorher schon gesagt, daß mir Herr Felsch persönlich vollkommen gleichgültig ist, daß ich aber dem Staatsanwalt nächstens seine Behauptungen mitteilen werde. Wenn der Staatsanwalt es ablehnt, im öffentlichen Interesse einzuschreiten, so würde ich es mir noch sehr überlegen, ob mir die Person des Herrn Felsch so viel wert ist, um gegen ihn vorzugehen. Ich vermute, daß, wenn es um Prozeß kommt, er etwas andres ausfagen wird, als in seiner Schrift steht. Indessen was soll der ganze Lärm? Herr Felsch erklärt es für ehrenrührig, wenn man von ihm behauptet, er habe 12 000 M. im Ehrenamt bezogen, und er füt doch zusammen mit andren Herren, bezüglic deren bereits zugegeben ist, daß sie hohes Honorar im Ehrenamt beziehen. Welch wunderbare Verwirrung der Begriffe! (Sehr richtig! v. d. Soc.)

Herr Hübsch meinte: Die polnischen Arbeiter, welche die Unfallversicherungs-Vorschriften nicht verstehen, mögen — deutsch lernen. Ja, dann stellen Sie doch die Arbeiter nicht eher ein, als bis sie deutsch können. (Sehr gut!) — Herr Hübsch fragte, warum wir denn nicht seiner Zeit gegen die Unfallversicherung-Gesetze gestimmt hätten. Ich mache ihn darauf aufmerksam, daß mein Parteigenosse Rollensbuhr klar ausgeführt hat, daß wir daran festhalten, vollen Schadenersatz für alle Unfälle zu verlangen, daß aber die socialdemokratischen Abgeordneten, die für das Gesetz stimmten, es thun, weil thatsächlich einige Verbesserungen gegenüber dem früheren Zustande in ihm vorhanden sind. Herr Hübsch meinte, die angemeldeten Unfälle hätten nur zugenommen, nicht die entschädigungspflichtigen. Das ist nicht richtig! Von den angemeldeten sind auf Tausend versicherte Personen 1891: 124 und 1899: 23,6 vorgekommen. Entschädigungspflichtige Unfälle 1891: 2,8, 1899: 5,8. Wenn Herr Hübsch meint, es mögen Simulationen vorkommen, so möge er sich die Todesunfälle ansehen, bei denen doch keine Rede davon sein kann. Hier war das Verhältnis 1891: 0,33, 1899: 0,43.

Abg. Certeil (L.):

Ich bin nach wie vor überzeugt, daß die Angriffe des Herrn Stadthagen vollkommen grundlos sind. Er hat auch jetzt seine beweislos aufgestellten Behauptungen nicht bewiesen. Die Schlußbemerkung des „Vorwärts“ habe auch ich nicht auf alle drei Punkte der Verächtung bezogen.

Ob Herr Felsch die Häuser in eignen oder im Auftrage anderer baut, ist ganz gleichgültig für seine Stellung innerhalb der Vereinsgenossenschaft. Herr Felsch kann aus dem Kataster der Vereins-

genossenschaft gesehlich gar nicht entlassen werden, selbst wenn er es wollte. Er ist also vollkommen berechtigt, das Ehrenamt als Vorsitzender der Vereinsgenossenschaft zu verwalten. — Ich habe es nur als oft ehrenrührig bezeichnet, wenn man behauptet, Herr Felsch habe sich auf Schlechwege durch die Redaction des Raabblatts Bezüge sichern wollen, die ihm als Ehrenvorsitzenden nicht zustanden. Die ganze Art, wie Herr Stadthagen dieser Angelegenheit aus dem Wege ging, würde ich mit einem Ausdruck geißeln, den ich hier mit Rücksicht auf die Glöde des Präsidenten nicht wiederholen will, der aber Ihnen allen hinlänglich geläufig ist. (Heiterkeit.) Ich lege aber Verwahrung ein gegen die Behauptung, Herr Felsch würde vielleicht unter seinem Eide anders ausfagen als in seiner Druckchrift. Einen solch unbegründeten Zweifel an der Glaubwürdigkeit eines Ehrenmanns sollte sich ein Mitglied des Reichstags nicht zu schulden kommen lassen. (Sehr richtig! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Die Statistik ergibt, daß eine ganz geringe Steigerung der Unfälle stattgefunden hat, $\frac{1}{10}$ auf 1000 Verletzte. Die außerordentlich geringe Steigerung der Unfälle ist aber nicht bloß auf die Nachlässigkeit der Unternehmer, sondern auch darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter in erhöhtem Maße die Wohlthaten des Gesetzes kennen und in Anspruch nehmen.

Abg. Pauli (L.):

Die Unternehmer thun alles, um Unfälle zu verhüten. Aus Leichtsinns und Bequemlichkeit achten die Arbeiter nicht auf die Vorschriften. Herr Vachhaus, der Vorsitzende der Norddeutschen Holz-Vereinsgenossenschaft, hat die Stelle zuerst nicht annehmen wollen. Er hatte in Gesehmünde eine Fabrik. Schließlich hat er sie unter der Bedingung angenommen, daß er dasselbe Einkommen hätte wie in Gesehmünde. Ich habe mich nicht aufgeregt. Niemand ist aufgeregter als Herr Stadthagen. Ich habe mich gewundert, daß er noch nicht einmal von der Tribüne heruntergesprungen ist. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Stadthagen (Soc.):

Wenn Herr Vachhaus es nicht einmal nötig gehabt hat, die 12 000 Mark zu erhalten, nun, dann liegt ja die Sache noch viel schlimmer. Herr Pauli versteht noch immer nicht, worauf es eigentlich ankommt. Es handelt sich um nichts weiter als um die Durchführung des § 44 des Unfallversicherungs-Gesetzes. Wir wenden uns dagegen, daß eine Reihe von Vereinsgenossenschaften fortgesetzt gegen diesen Paragraphen verfährt. Die Frage, ob die 12 000 Mark Herrn Vachhaus angenehm sind oder nicht, gehört gar nicht hierher.

Herr Certeil habe ich wenig zu erwidern, weil das, was er gesagt hat, soweit es Thatsachen enthielt, außerhalb der Mäßigkeit der Mäßigkeit lag. Bevor er im Namen des Herrn Felsch Verwahrung einlegt, sollte er doch zusehen, was ich gesagt habe. Ich habe erklärt, daß ich das schöne Schreiben des Herrn Felsch der Staatsamwaltschaft einreichen wolle. Ich habe kein Wort davon gesagt, daß Herr Felsch unter dem Zeugeneide anders anfragen würde als jetzt. Mir ist es unbekannt, daß der Angeklagte zum Zeugeneid zugelassen wird. (Sehr richtig! v. d. Soc.) Herr Certeil hat dann angedeutet, daß ich einem bestimmten Vorgehen aus dem Wege ginge. Es gehört ein Grad von Selbstgenügsamkeit und Wohlgefälligkeit an der eignen Person dazu, wie es Herr Certeil eigen ist, wenn er mir imputieren will, daß ich irgend einem Verfahren aus dem Wege gehe. Darüber werde ich mich freilich mit Herrn Certeil nicht unterhalten, was die Pflicht eines anständigen Menschen ist. Das wäre eine vergebliche Bemühung. Es giebt zwei Sorten Menschen; die einen verstehen nicht, was man sagt, die andern verstehen es wohl, aber sie vermögen sich nicht zur Erkenntnis der moralischen Pflicht durchzuführen, sondern kommen zum Segentel. (Lachen rechts.) Herr Certeil, Sie gehören zu einer dieser beiden Kategorien! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird nach den Vorschlägen der Budgetkommission angenommen.

Die Resolution der Budgetkommission wird einstimmig angenommen, die Resolution Albrecht gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freimünnigen abgelehnt.

Bei dem Titel „Vergütungen für die nicht ständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts“ bringt

Abg. Singer (Soc.):

die Ernennung des Geheimrats Grunert und des Ober-Regierungsrats Dr. Hoffmann zu nichtständigen Mitgliedern des Amts zur Sprache. Als die Unfallversicherungs-Kommission und der Reichstag sich entschloß, im sogenannten Rantelgesetz die Zahl der vom Bundesrat zu ernennenden nicht ständigen Mitglieder von vier auf sechs zu erhöhen, hatte er ganz andre Intentionen als sie in der Wahl des Bundesrats zum Ausdruck gekommen sind. Gegen die Wahl des Dr. Hoffmann ist formell ja nichts einzuwenden, aber die Unfallkommission und der Reichstag wollten den Einfluß des Reichsamts des Innern auf das Reichs-Versicherungsamt absolut nicht verstärken. Wir streben auf dem Standpunkt, daß das Reichs-Versicherungsamt eine selbständige Reichsbehörde ist. Auf keinen Fall sollte aber der Einfluß des Reichsamts des Innern auf das Reichs-Versicherungsamt verdoppelt werden. Gätte der Reichstag erwartet, daß die Wahl des Bundesrats auf einen Beamten des Ministeriums des Innern fallen würde, dann hätte er sicherlich im Gesetz Vorkehrungen dagegen getroffen. Ich berufe mich auf das Zeugnis der Mitglieder der Unfallversicherungs-Kommission und behaupte, daß diese Wahl in Widerspruch steht zu den Erklärungen, die die Regierung dort abgegeben hatte. Ich berufe mich auf die Verhandlungen des Hauses und stelle fest, daß die Wahl des Herrn Grunert als Mitglied des Reichs-Versicherungsamts gegen die Intentionen des Hauses ist. Es ist ganz charakteristisch, in welcher Weise der Bundesrat dies Kollegium mit nichtständigen Mitgliedern besetzt; mit beiden Herren, auf die die Wahl gefallen ist, haben wir uns im Reichstoge wiederholt beschäftigt müssen. Herr Grunert ist Verfasser jener berühmten Denkschrift zur Justizhausvorlage. Wir haben damals nachgewiesen, daß eine derartige Sammlung von Knebeln als amtliche Denkschrift noch nicht dazugehört ist. Sie strotzte von Unrichtigkeiten und falschen Behauptungen, und nun wird Herr Grunert, ein Mann, dem die Arbeiter das allerhöchste Vertrauen entgegenbringen, in ein Kollegium gewählt, daß das allergrößte Vertrauen der Arbeiter haben muß. Ein Beamter, an dessen Namen sich eine solche Denkschrift knüpft, kann auf das Vertrauen der Arbeiter keinen Anspruch erheben, kann nicht mehr objektiv gelten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Herr Hoffmann hat publizistisch zur Reform der Krankenversicherung Stellung genommen und die Entziehung der Arbeiter das Wort geredet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Auch damit haben wir uns hier beschäftigt und der Herr Staatssekretär hat zu unser Freude erklärt, daß die Anschauungen des Herrn Hoffmann nicht die seinen sind. Der Bundesrat hätte peinlich vermeiden müssen, seine Wahl gerade auf diese Herren zu lenken. Wenn ich auch zugebe, daß wir formell nicht in der Lage sind, vom Bundesrat eine Aenderung seines Beschlusses zu verlangen, so wird uns dieser Vorgang eine Warnung sein, die Rechte des Bundesrats auszuüben. Das Wohl Millionen von Arbeitern hängt von der Rechtprechung des Reichs-Versicherungsamts ab. Nur vom Vertrauen der Arbeiter getragen kann diese Behörde segensreich wirken. Der Bundesrat hätte mit dem Schatz dieses Vertrauens sorgfältiger umgehen sollen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Bundesrat hat durchaus das Recht, selbständig solche Beamte zu ernennen. Natürlich ernannt er Beamte, die sich mit der socialpolitischen Gesetzgebung auch bisher schon eingehend beschäftigt haben. Was die persönlichen Angriffe anlangt, so kann ich nur wiederholen, Herr Geheimrat Grunert hat lediglich im Auftrage gehandelt. Im übrigen haben sich bei der

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost) veranstaltet auf vielfachen Wunsch seiner Mitglieder am Sonntag, den 17. März, im Lokale von Graumann, Rammhauer 27, einen Familien-Abend. Willets hierzu sind, dem Raum des Lokals entsprechend, in den einzelnen Bezirken des Süd-Ostens zum Preise von 30 Pf. (inkl. Tanz) zu entnehmen. Es bittet um recht zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Schöneberg. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß das geplante Vereinsvergnügen in Obstden neuen Feststätten nicht stattfinden kann, da der Gebrauchts-Admiration noch nicht erteilt ist. Die nächste Vereinsversammlung findet am Dienstag, den 19. März, in der Schloßbrauerei statt.

Den Parteigenossen von Siegitz und Friedenau zur Nachricht, daß der geplante Familienabend des Wahlvereins, welcher am Sonntagabend bei Schellhose stattfinden sollte, von der Polizei zu einem öffentlichen Vergnügen gestempelt worden ist. Es werden 8 Mark Tanzsteuer und 1,50 Mark Stempelgebühren verlangt. Um nun nicht die vielen vorherigen Ausgaben unnötig gemacht zu haben, findet das Vergnügen am Sonntag, den 18. d. Mts., trotzdem statt, und hat das Komitee beschlossene, offene Kasse zu haben. Willets à 30 Pf. pro Person sind abends an der Kasse zu haben. Wir ersuchen die Parteigenossen um recht regen Zutritt. Das Komitee.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung brachte gleich zu Anfang ein kleines Intermezzo, das für die Mehrheitsfraktionen der Versammlung charakteristisch war. Für eine Reihe von valant gewordenen Posten in mehreren Verwaltungs-Deputationen, Kuratorien und Ausschüssen, die neu besetzt werden sollen, war von der „Alten Linken“ im Bunde mit der „Fraktion Nominen“ eine Liste aufgestellt worden, die nur Mitglieder dieser beiden Fraktionen enthielt. Die Liste war aber der Versammlung vorgelegt worden als ausgehend „von den Fraktionen“, also scheinbar von allen Fraktionen. Genosse Stadt. Vorkmann erhob Einspruch gegen dieses Verfahren, und Stadt. Kreiling schloß sich namens der „Neuen Linken“ dem Protest an. Die „Neue Linke“ verließ darauf, gefolgt von der sozialdemokratischen Fraktion, den Saal. Angesichts der dadurch herbeigeführten Verschlussfähigkeit der zu diesem Zeitpunkt ohnedies noch nicht stark besetzten Versammlung blieb denen am Cassel und Nominen nichts anderes übrig, als vor der Obstruktion die Waffen zu strecken und sich zur Vertagung der Wahlen zu bequemen.

In der zweiten Lesung des Stats pro 1901, mit der gestern begonnen wurde, gab der Krankenhaus-Stat unsern Genossen Freudenberg Gelegenheit, die im städtischen Krankenpflege-Wesen bestehenden Mißstände einer scharfen, aber leider sehr berechtigten Kritik zu unterziehen: die Ueberfüllung, die zeitweise dazu zwingt, leichter Erkrankte von vordereinander abzuweisen und halb Genesene vorzeitig zu entlassen, die lange Arbeitszeit des Wartepersonals, ihre schlechte Bezahlung und mangelhafte Verpflegung. Freudenberg bezog sich dabei auf einen Teil der Ausführungen, die Genosse Antrix im vorigen Jahre im Reichstage über diesen Gegenstand gemacht hat. Die Stadträte Bail und Strahmann antworteten auf Freudenbergs Beschwerden, aber eigentlich weniger auf diese als auf die von Antrix im Reichstage vorgebrachten. Natürlich ist alles, was da gesagt worden ist, nicht wahr — die städtischen Krankenhäuser sind vielmehr in schönster Ordnung um. Besonders aus den Worten des Herrn Bail sprach der ganze Grimm, der den Magistrat erfüllt, weil Antrix die Sache an die große Glocke gebracht hat. Der Unbanthar! Wählt sich in einem Krankenhaus der Stadt Berlin zweimal hinter einander buchstäblich vom Tode erretten, und dann geht er hin und macht dieses selbe Krankenhaus öffentlich schändlich! Also sprach Herr Bail unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit. Aber Freudenberg hielt ihm und den Beifallspendern unter die Nase, daß der Stadtverordneten-Vorsitzer Langerhans selber es im Reichstage gebilligt hatte, daß Antrix seine Beschwerden öffentlich vorgebracht habe. Herr Langerhans lächelte verlegen, doch sagte er sich schnell und trat mit einem reumütigen „pater peccavi“ vor die Versammlung, indem er die von ihm im Reichstage gebrauchten Worte abzuweichen suchte. Er lieferte damit ein neues Beispiel für das widerprüchliche Verhalten des Berliner Freijuns im Parlament und in der Stadtverordneten-Versammlung. Herr Langerhans hielt nach dieser Abbitte noch eine Predigt über die Pflichten eines Stadtverordneten, die zwar nicht dem Wortlaut, aber dem Sinne nach darauf hinauslief, daß ein Stadtverordneter die städtische Verwaltung nicht schlecht machen dürfe, sondern bloß zu warten habe, bis es besser wird. Mit Recht warf Vorkmann hierzu die Frage auf, wozu denn dann die Stadtverordneten überhaupt da seien. Uebrigens wurde Herr Langerhans und seinen Freunden sofort ihr Lohn. Sie mußten es sich gefallen lassen, daß der Bürgerpartei der Freieil an ihre Seite trat, die städtischen Krankenhäuser als gut, die Warteplätze als sehr anständig bezeichnete usw. Das Komische der Situation wurde unter dem schallenden Gelächter unser Genossen von Adolf Hoffmann treffend gekennzeichnet durch den Zwischenruf: „Das ist Euch recht!“ Nachdem sich schließlich noch der Verichterlatte des Staatsanwaltes Herr Kallisch zu dem schier ungläublichen Ausspruch verfliegen hatte, daß „Märchen“ der Krankenhaus-überfüllung müsse öffentlich als unwahrgebrandmarkt werden, wurde der sozialdemokratische Antrag, das ausgebildete Wartepersonal in Bezahlung und Verpflegung den Victoriaschwestern gleichzustellen, abgelehnt. Dafür stimmte außer unsern Genossen — niemand! — Die Gegner des Antrags scheinen nicht begriffen zu haben, daß die darin ausgesprochene Forderung im Interesse nicht nur der Wärter, sondern ebenso sehr der auf die Benutzung der Krankenhäuser angewiesenen Bevölkerung liegt.

Beim Stat der Anstalt Wuhlgarten brachte Vorkmann jenes delinente Vorkommnis zur Sprache, die heimliche Secierung einer schon berichtigt gewordenen Leiche. Gegenüber dem Stadtrat Strahmann stellte Singer klar, daß an sich gegen die Secierung nichts eingewendet werden solle. Es werde nur eine Regelung des dabei zu beobachtenden Verfahrens gewünscht, und das umso mehr, da gerade hiervon zu erwarten sei, daß der Widerstand der Bevölkerung gegen die Secierung sich verringere.

„Die Kommune.“ Unter diesem Titel erscheint heute in der Expedition des „Vorwärts“ die bereits angekündigte März-Zeitung. Sie ist ausschließlich dem Kadetten der Kommune gewidmet, deren reiche Gedentage bekanntlich in diesem Jahre zum dreißigsten Male wiederkehren. Die Nummer enthält insoweit ein besonderes historisches Interesse, als ihre zahlreichen Illustrationen sämtlich aus der damaligen Zeit des proletarischen Freiheitskampfes herköhren und in ihrer Art zum Teil hoch charakteristisch sind. Der erscheinende Artikel „Zum Gedächtnis der Kommune“ ist von Verbel verfaßt; außerdem enthält das Gedächtnis ein begeisterungsvolles Gedicht von Eugen Gottler und verschiedene andre wertvolle Beiträge. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß die diesjährige März-Zeitung im deutschen Proletariat vollauf die ihr gebührende Anerkennung findet.

Lieb Vaterland, magst ruhig sein. Ein Verichterlatte schreibt: Mit Schießarteneverschen worden sind die Schweren,

eiferten Eingangsthüren der neuen Alexander-Kaserne am Kupfergraben, von denen eine zwischen dem Offizierskasino und dem Dislozierement bereits eingesetzt worden ist. Sie enthält zwei übereinander liegende Reihen von je 10 Schießkarten, von denen die eine sich in Brust, die andre in Kopfhöhe hinzieht. Die kleinen schmalen Nebenportale zeigen dieselbe Einrichtung, haben aber nur je zwei übereinander liegende Schießkarten. Bekanntlich soll die neue Alexanderkaserne eine Art Citadelle für Berlin bilden, da ihre Befestigung dazu bestimmt ist, bei etwa ausbrechenden Unruhen (!) oder schweren Feuersbrünsten dem königl. Schlosse und den vielen andren in dieser Gegend gelegenen öffentlichen Gebäuden einen ausgiebigen Schutz angedeihen zu lassen.

Der Mann, der das schreibt, muß sich von den alldemokratischen Antisemiten-argumenten sehr wohl bewahren, gerade für Berlin Bombenerfolge versprechen. Die Sozialdemokratie dankt zum Leidwesen der Scharmacher bekanntlich für die Kleinmalereien und wartet in leidenschaftlicher Ruhe ab, bis ihr die sicheren Früchte der heutigen Regierungspolitik in den Schoß fallen.

Berlin und die Hafenheide. Das Resultat der Besprechung, welche vorgestern zwischen dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und den Vertretern der Städte Schöneberg, Nixdorf und Berlin sowie der Gemeinde Tempelhof bezüglich der Umgemeindung des zu dem letzteren Orte gehörenden bebauten südlichen Teils der Hafenheide stattgefunden hat, ist ziemlich überraschend. Die Vertreter Berlins erklärten nämlich, daß diese Stadt wenig Wert darauf lege, den genannten Teil der Hafenheide ihrem Gebiete einzuverleihen, und nur für den Fall dazu bereit sein würde, wenn Tempelhof einen Fußstapfen leisten würde; demgegenüber sprachen sich die Vertreter Nixdorfs dahin aus, daß ihre Stadt mit Freude die Umgemeindung vorsehe und dafür zwei auf Tempelhofer Gebiet liegende Nixdorfer Parzellen austauschen würde, womit sich auch die Vertreter Tempelhofs einverstanden erklärten. Als Hauptgrund für die Umgemeindung der Hafenheide wurde die Notwendigkeit bezeichnet, diesen Ortsteil in den Berliner Polizeibezirk einzubeziehen.

Im Handelsministerium wurde am Mittwoch eine Abordnung der Berliner Straßenhändler empfangen. Regierungsrat Dr. Hoffmann nahm die Beschwerden der Abordnung gegen die geplante weitere Einschränkung des Berliner Straßenhandels wohlwollend entgegen, ließ jedoch durchblicken, daß die geplante Beschränkung im öffentlichen Interesse, namentlich aus Rücksicht auf die Hebung der Verkehrssicherheit in den Straßen, nicht zu vermeiden sei und bald durch eine besondere Verordnung geregelt werden soll, die, soweit möglich, von einer zu weit gehenden Schädigung des Straßenhandels absehen dürfte. Die Straßenhändler und -Händlerinnen haben für den 22. d. M. eine öffentliche Versammlung einberufen, in der von der Abordnung Bericht erstattet und über die weiteren Maßnahmen beraten werden soll.

Für die Errichtung der Handelskammer Berlin hat sich der Verein der Kolonialwarenhändler ausgesprochen.

Zur Herbeiführung eines einheitlichen früheren Schlußes der Eingangsgebühren finden zur Zeit Vorbereitungen in den beteiligten Kreisen Berlins statt. Es ist beabsichtigt, die einheitliche Gebührensatzung auf 7 oder spätestens 7 1/2 Uhr abends festzusetzen. Wenn's nur wahr wird!

Reiche Leute machten Eindrehen, die in der Nacht zum Donnerstag das Gold- und Uhrengeschäft von Kunkel in der Dorotheenstr. 50 heimstahlten. Sie erbeuteten 200 goldene Ringe, 170 Damenuhren, darunter 25 goldene, die übrigen aus Silber oder Stahl, 120 goldene Damenketten, 16 mit Schieber, 80 goldene Herrenuhren, Broschen und andre Schmuckstücke im Gesamtwerte von 8000 M. Gegen 1 1/2 Uhr nachts fuhr ein Bekannter Kunkels an dem Laden vorbei. Da es ihm auffiel, daß die Jalouise hochgehoben war, so ging er mit der Wagenlaterne hinein, sah aber niemanden. Wahrscheinlich hatten sich die Eindrehen unter dem Ladentische versteckt und entflohen mit der Beute, sobald der Mann den Laden wieder verlassen hatte, um die Polizei auf ihn aufmerksam zu machen. So erklärt es sich, daß die Spürhunden andre wertvolle Sachen unberührt liegen ließen.

Im Wahnwitz ist gestern morgen der 35 Jahre alte Schlosser Josef Matellowski aus der Triftstr. 4 zum Fenster hinausgesprungen. Der Mann war schon 7 Monate lang in der Irrenanstalt zu Daldorf und wurde erst im Mai v. J. auf sein dringendes Verlangen von seiner Frau wieder herausgenommen. Seitdem hatte er infolge von Trunkenheit wieder zweimal Anfälle. Gestern abend um 11 Uhr lagte er einem Schuymann, es wäre besser für ihn, wenn er wieder nach Daldorf käme. Heute morgen stürzte er sich aus dem Zimmer, in dem er allein schlief, auf den Hof hinab und stieß bald darauf in der Charit.

Ein Feuer, bei dem vier Menschenleben in Gefahr waren, beschlagnahmte gestern die Feuerwehr. Im ersten Stock des Hauses Königsgrabenstr. 67 bewohnt eine Gräfin A. genannt Wlischer eine herrschaftliche Wohnung, deren Schlafräume nach dem Hofe zu belegen sind. Gestern früh bald nach 2 Uhr bemerkte ein Schuymann von der Straße aus diesen Rauch durch die Fenster der Vorderstube dringen und weckte den Voriter. Während dieser die Feuerwehr alarmierte, eilte der Schuymann unter Feuerufen die Hintertreppe hinauf und erbrach die Eingangsthür. Frau Wlischer und ihr Dienstmädchen waren von dem Rauch erwacht, vermochten aber nur mit Hilfe des eingedrungenen Schuymanns durch die verqualmten Räume ins Freie zu gelangen. Beräucherungsvoll rief die Frau Wlischer nach einem Kinde, dem vierjährigen Erich Lindblom aus Stockholm, der hier zum Besuch weilte. Auf dem Wauche kriechend, tastete sich der Schuymann durch mehrere Zimmer, ohne das Kind zu finden. In dem Augenblick aber, in dem er das Schlafzimmer des Kleinen fand, erschien auch die Feuerwehr, die auf Hakenleitern vordrang und ihm das Kind durchs Fenster abnahm. Es atmete nicht mehr, doch gelang es den Samaritanen der Wehr, durch Einflößen von Sauerstoff das Kind nach längerem Bemühen wieder ins Leben zurückzurufen. Es liegt jedoch krank darnieder. Von den übrigen Personen wurde der Schuymann am härtesten durch Rauch mitgenommen. Er schwelte ebenfalls in großer Gefahr, bis ihn schließlich die Feuerwehr über einen Leitergang rettete. Das Feuer gefürchte zwei große Zimmer. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt.

Im Tiergarten wurde Donnerstagmorgen um 6 1/4 Uhr ein Schuttruppen-Feldwebel in voller Uniform erschossen aufgefunden. Der Mann war vorgeföhrt worden und nachmittags im Tiergarten und bei Besichtigung der Denkmäler in der Sieges-Allee wiederholt gesehen worden.

Straßensperrung. Die Eberthstraße wird von der Landsberger-Allee bis zur Heidenfeldstraße, einschließlich Kreuzbamm, beaufsichtigt von 18. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußrwerke und Reiter gesperrt.

Die Direktion der Treptow-Tierwarte hat für Sonntag, den 17. d. Mts., wieder einen billigen Sonntag angelegt. Die Beobachtung mit dem Riesensperroth kostet die Hälfte und ist der Besuch des „astronomischen Museums“ ganz frei gegeben. Um 4 Uhr nachmittags spricht Direktor Kerschold über „den außergewöhnlichen Ausbruch in Syrien und die Erscheinungen in unserer Atmosphäre“. Die Reden, an denen der am Montag früh gefallene Sandregen, unternimmt mit einigen rauen Stellen, hat er, sind im „astronomischen Museum“ ausgeführt. Das Thema des 5 Uhr- Vortrags lautet: „Der neue Stern im Perseus“, um 7 Uhr: „Die Geschichte des Mars“. Mit dem Riesensperroth wird der neue Stern, Mars und Orionnebel gezeigt.

Selbstmordversuch. Der Küstler Kleinwächter, der bei den Norddeutschen Eiswerken angestellt ist, hat sich gestern mittag, als er im Dienst war und mit seinem Wagen die Gerichstraße hinunterfuhr, mit einem Revolver zu erschließen versucht. In schwerverletzten Zustande wurde Kleinwächter nach der Charit gebracht,

während man das Zugewert in der Gasewallerstraße einstellte. Die sich ergab, hat die Kasse des Aufsichters genau gestimmt; es wird angenommen, daß er aus Liebesgram die verhängnisvolle That beging.

Feuerbericht. Ein größerer Wohnungsbrand erfolgte Mittwoch abend Tellerverstraße 26. Möbel, sowie der Fußboden wurden eingestöhrt und hatte die Wehr längere Zeit Wasser zu geben. Kurz vorher war Reinholdsdorferstraße 5 ein ähnlicher Brand abzulöcher. Brangelstraße 95 waren durch übergelochtes Reindol Rosten und Säde in Brand geraten, der indes noch im Keime erstickt werden konnte. Kleinere Brände wurden außerdem von Alt-Postbit 120, Emanuel-Kirchstraße 39, Elfastraße 8 und Johanniterstraße 10 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Das Charlottenburger Stadtparlament über die Arbeitslosigkeit.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Mittwoch aus Anlaß zweier Interpellationen mit der Frage der Arbeitslosigkeit. Die eine Interpellation ging von der Freien Vereinigung aus und fragte den Magistrat an, ob gegenwärtig eine Arbeitsnot in Charlottenburg vorhanden ist und ob der Magistrat in der Lage ist, für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Die zweite, von den Sozialdemokraten mit Unterstützung der Freisinnigen eingebrachte Interpellation setzte die Arbeitslosigkeit voraus und fragte den Magistrat an, welche Maßregeln er gegen die anhergeübliche Arbeitslosigkeit in diesem Frühjahr zu ergreifen gedenke.

Nachdem Stadtv. Gredy die erste Interpellation kurz begründet hatte, erwiderte Oberbürgermeister Schusterhans, daß sich tatsächlich ein gewisser Arbeitsmangel im Winter geltend gemacht habe; derselbe habe sich aber inzwischen etwas vermindert und werde sich noch weiter vermindern. Die Angaben, die ihm eine Deputation Arbeitsloser gemacht habe, hätten sich als übertrieben erwiesen; der Magistrat habe Erkundigungen bei Unterebene eingezogen, die dahin lauten, daß nur in geringem Umfang Entlassungen vorgenommen seien. Von einer Arbeitslosigkeit in erhebendem Umfang könne nicht die Rede sein. Im Magistrat habe man beschlossen, die Arbeiter der Hochbau- und Leisbau-Verwaltung schleunigst vorzunehmen. Zu einem weiteren Vorgehen könne er sich nicht entschließen, denn man könne doch von der Stadt nicht verlangen, daß sie für sämtliche Arbeitslose Arbeit verschaffe. (Beifall.)

Stadtv. Hirsch (Soc.) machte dem Magistrat den Vorwurf, daß er, anstatt eine genaue Statistik aufzustellen, der Versammlung so nichtigendes Material unterbreite. Die Arbeitslosigkeit sei eine feststehende Thatsache. Nach den Berichten des Arbeitsmarkts habe sich die Marktlage bereits im November so verschlechtert, daß auf je zwei offene Stellen drei Arbeitsuchende kamen, und im Dezember drängen sich schon zwei Arbeitsuchende um eine offene Stelle. Beim städtischen Arbeitsnachweis hätten sich im Oktober 1899 auf 100 offene Stellen 101 Arbeitsuchende gemeldet, im Oktober 1900 dagegen 136 und im November sogar 215. Daß die Angaben der Unternehmer von denen der Arbeiter abzuweichen sei, ist natürlich, die Unternehmer hätten ein Interesse daran, den Mangel ihrer Betriebe zu verheimlichen. Er glaube den Arbeitern in diesem Fall mehr. (Beifall Widerstand.) Geradezu unerhört sei es, daß an demselben Tage, wo der Oberbürgermeister eine Deputation Arbeitsloser empfangen habe, auf der Gasanstalt 27-30 Arbeiter entlassen seien. Zweifellos werde im Frühjahr, namentlich im Baugewerbe, keine Belebung, sondern eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarkts eintreten. Es müsse alles gethan werden, um die städtischen Arbeiter in Angriff zu nehmen, namentlich müsse auch die Kanalisation des Stadtteils jenseits der Spree beschleunigt werden. Eine völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei heute nicht möglich, wohl aber verlange er, daß der Magistrat dieser Frage in Zukunft eine größere Aufmerksamkeit widme, um solchen Kalamitäten vorzubeugen.

Oberbürgermeister Schusterhans erwiderte, daß er sich gegen den Vorwurf verwahren müsse, sein Material sei nichtigend. Die Arbeitslosen, die er empfangen habe, seien sehr viel ruhiger gewesen als der Vorredner. An der Arbeitslosigkeit trage der Jugend vom Lande die Hauptschuld. Im übrigen habe der Magistrat noch beschließen, den Unternehmern, denen er städtische Arbeiten vergebte, die Pflicht aufzuerlegen, nach Möglichkeit einheimische Arbeiter zu beschäftigen.

Die Stadtv. Gule, Ströbler, Kostel und Gredy schickten dem Magistrat bei. Herr Ströbler sprach sogar von einer Ausbausehung und prophezeite, daß nach 8-10 Tagen keine Rede mehr von der Kalamität sein werde.

Auf demselben Standpunkt wie Stadtv. Hirsch stellte sich Stadtverordneter Dr. Erüger (fr. Ep.), der insbesondere die Arbeiterverhältnisse auf der Gasanstalt scharf kritisierte und darauf hinwies, daß die Abfallverwertung unter diesen Umständen nur auf dem Papier stehe. Stadtv. Hirsch entgegnete nochmals dem Oberbürgermeister und dem Stadtv. Ströbler und forderte, daß endlich der Anregung auf Einsetzung einer sozialen Kommission Folge gegeben werde. Nachdem noch Stadtv. Dr. Franz den städtischen Arbeitern, die sich mit einer Petition um Lohnerhöhung an die Deputation gewandt haben, den Text gelesen hatte, betonte Stadtv. Gule (Soc.), daß es das gute Recht der Arbeiter sei, ihre Ware Arbeitskraft so zu verkaufen, wie sie wollen. Man möge nicht wagen, das Petitions- und Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten. Wie es mit der so gepriesenen sozialen Fürsorge des Magistrats stehe, zeige sein sammlisches Vorgehen in der Wohnungsfrage.

Der Verlauf der Debatte wird hoffentlich auch denjenigen Arbeitern, die sich um die Bewegung ihrer Klasse heute noch nicht kümmern, endlich die Augen öffnen und ihnen zeigen, daß sie von den herrschenden Klassen nichts zu erwarten haben.

Gegen den Brotwucher. Die Gemeindevertretung von Rowawes beschloß mit erheblicher Majorität, einer Resolution gegen die Getreidezölle ihre Zustimmung zu geben, die dem Reichstag unterbreitet werden soll. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Vermischtes.

Der des Mordes an dem Mittelmeister v. Kroßig verdächtige Unteroffizier Werten, der, wie gemeldet, am Dienstag aus dem Untersuchungsgefängnis in Gumbinnen entkommen ist, wurde gestern nachmittags gegen 4 Uhr vor einem Stadtdor in Gumbinnen von einer Militärpatrouille wieder festgenommen. — Nach einer weiteren Meldung befand sich Werten bei seiner am Stallpöner Thore erfolgten Festnahme in Civilkleidung. Er behauptet, daß er bereits nach dem Stallpöner Kreise entkommen gewesen und zurückgekehrt sei, um sich selbst zu stellen.

Ein Mord noch nach acht Jahren entdeckt! In Niehl bei Köln a. Rh. gestand ein Einwohner, wie uns gedichtet wird, daß er vor acht Jahren Zeuge der Ermordung eines dortigen Gutbesizers gewesen sei, dessen Leiche an einem näher bezeichneten Ort verscharrt wurde. Er habe Schweigegelder empfangen, und die Wehr drohten ihn gleichfalls zu ermorden, wenn er Verrat äße. Als die Staatsanwaltschaft energisch einwirkte, die Thäter zu nennen, beschloß der Betroffene durch einen Sprung in den Rhein sich das Leben zu nehmen, er wurde indessen gerettet und nunmehr in Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 15. März 1901. Stimmig! Windstille mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden, später aufklarend. Berliner Wetterbureau.

